DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 39 ab Samstag, 6. März 2021 bundesweit. Verkaufspreis 50 Cent mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an KDW e.V. DE72 1101 0100 2235 4091 57
Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben



NICHTOHNEUNS.DE

Dr. mit echter Ausdauer

LAUDATIO ***Der Preis der Republik geht an Rechtsanwalt Dr. Reiner Füllmich.*** Von Sophia-Maria Antonulas



Egal ob Schadenersatzklage, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Corona-Untersuchungsausschuss. Beim Juristen Dr. Reiner Füllmich wird nicht gekleckert, sondern geklotzt.

Der in Bremen geborene Rechtsanwalt macht jedenfalls keine halben Sachen. Seit Juli 2020 deckt er gemeinsam mit seinen Kolleginnen und Kollegen in stundenlangen Sitzungen all die unsäglichen Verflechtungen auf, durch die Corona erst ermöglicht wurde. Der Corona-Untersuchungsausschuss, anfangs von manchen noch belächelt, ist so zum wertvollen Werkzeug und wichtigen Zeitdokument geworden, um den Corona-Skandal aufzuklären. Hochkarätige Expertinnen und Experten sagen Woche für Woche aus und erklären so die Plandemie. Angefangen beim PCR-Test, über die Gleichschaltung in vielen Redaktionen, bis zu den Zusammenhängen zwischen dem RKI und der WHO – kein Detail ist zu schwierig oder zu heiß, als dass es nicht untersucht würde.

Aber Füllmich ist als Anwalt nicht nur in Deutschland zugelassen, sondern auch in den USA. Und so ist er dabei, mit Kollegen in den Vereinigten Staaten und Kanada eine Sammelklage auf Schadenersatz gegen Drosten einzubringen. Mit seiner Kanzlei in Göttingen hat er sich im Bereich Verbraucherschutz besonders gegen betrügende Banken und Konzerne stark gemacht. Als Professor und Lehrbeauftragter lehrte er bereits an Universitäten in Deutschland und Estland. Der Jurist publizierte aber auch verschiedene Bücher in den Bereichen Bankrecht, Arztrecht und internationales Privatrecht.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie wird an Dr. Reiner Füllmich verliehen. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Trägerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster.

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 39. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache 2020 und 2021.



Zum Geleit



EIN DEMOKRATISCHER GRUß!

Die Redaktion möchte sich Ihnen vorstellen und sich erklären. Gestatten? – Wir sind die Redaktion der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) in Berlin. Wir sind unabhängig von Parteien, Konzernen und anderen korrumpierten Strukturen. Crowdfinanziert und professionell. Wir stehen der Demokratiebewegung um nichtohneuns.de, demokratischegewerkschaft.de, Bewegung Leipzig und Querdenken nahe. Dank der vielen einzelnen kleinen und mittleren Spenden* können wir jede Woche diese gedruckte Zeitung sicherstellen und in unserer gesamten Republik verbreiten.

Wir sind parteilose liberal eingestellte Menschen. MedizinerInnen, Journalisten, Arbeiter, Juristen, Künstler, Händler, Unternehmer, Mütter und Väter, Alte und Junge vielerlei Hintergründe. Uns ist daran gelegen, dass die Freiheitsrechte unserer Verfassung, dem Grundgesetz, vollständig wiederhergestellt werden. Wenn uns das gelingt, werden wir diesen Erfolg gemeinsam mit allen feiern, die sich daran beteiligt haben, auch über Animositäten hinweg. Denn die Grundlage, sich politisch streiten oder gar schneiden zu können, sind die liberalen Grundrechte. Doch diese sind von der Regierung abgeschafft worden, die die Verfassung gebrochen und sich mit Verordnungen totalitär ermächtigt hat. Deshalb führen wir die Debatte um eine neue Verfassung an.

WARUM GIBT ES DIESE WOCHENZEITUNG JETZT ZUM 39. MAL?

Und warum in einer gedruckten Auflage von mindestens 100.000 Print-Exemplaren (und weit darüber) sowie als E-Paper und Online-Ausgabe unter demokratischerwiderstand.de?

Ganz einfach!

Für Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit und, ja, auch Einigkeit und Recht und Freiheit. Wir sind der Ansicht, dass zu viele Menschen der Gleichschaltung der Berufspolitik und der Konzern- und Regierungspropaganda ausgesetzt sind. Diese können durch unsere Wochenzeitung die Kenntnis davon erlangen: Ja, es gibt eine Opposition im Jahr 2020 und auch 21!

Während des derzeitigen Zusammenbruchs des Finanzmarktkapitalismus, der auch ohne Ausgangssperre stattgefunden hätte, projiziert das verfassungsbrüchige Regime seinen Hass und seine Panik auf uns, die anderen Menschen, die in dessen System nie eine grundlegende Wahl gehabt haben. Wir erleben unter dem Stichwort »Corona« den Versuch einer terroristischen Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. Thomas Schäfer (CDU), Finanzminister des Landes Hessen, hat sich bereits im März 2020 das Leben genommen. Ungezählte Tragödien spielen sich ab.

Die Unbekannten, Stillen, Vergessenen, Alten und Kranken sind für uns keine Namenlosen – sie gehören alle zu uns. Zugleich ist diese Krise auch eine Chance zur Erneuerung unseres demokratischen Miteinanders. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere künftige Wirtschaftsgesetzgebung (basis-)demokratisch, transparent & ergebnisoffen verhandelt und beschlossen wird. Denn wir alle werden unter den neuen Regeln zu leben haben. – *Die DW-Redaktion*

*Schenkungen mit Verwendungszweck »Crowdfunding« gern an KDW e.V., IBAN DE72 1101 0100 2235 4091 57

PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz.We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Wohin soll ich mich wenden ...

EINWURF *von Werner Köhne*

Aus der Antike ist uns die Geschichte von der Thrakischen Magd überliefert. Demnach soll sie beobachtet haben, wie ein Philosoph – damals ja auch ein Wissenschaftler – tief in seine Gedanken versunken, geradewegs auf einen Graben zusteuerte und auch – plumps dibums – da hineinfiel.

Die Magd brach darüber in schallendes Lachen aus. Für den Philosophen Hans Blumenberg Anlass für eine Betrachtung: Während der antike Denker die praktische und sichtbare Welt aus den Augen verliert, ist er doch in seinen Gedanken ein vielleicht notwendiger Vordenker für die Entwicklung der Menschheit. Die Magd hingegen steht für »gesunden Menschenverstand«, der ebenso notwendig ist, um die Welt in Lauf zu halten. Beide – so Blumenberg – sind aufeinander angewiesen und sollten sich respektvoll begegnen.

Es wäre interessant, wie Blumenberg heute das Ineinander von alltäglich praktischer und wissenschaftlich theoretischer Vernunft im Bezug auf die Corona-Krise deuten würde. Ein erster Blick zeigt, dass hier gerade das Ende einer sinnvollen Zusammenarbeit eingeläutet wird. Am meisten erschüttert dabei, dass sich der gesunde Menschenverstand aus der Mentalitätsgeschichte verabschiedet. Das Gerhard Schröder Statement: »Jetzt wollen wir aber mal die Kirche im Dorf lassen« gilt nicht mehr, wenn zwei Waldarbeiter, allein auf weiter Flur, Maske tragen, den Anordnungen zuliebe, die ein Jüngelchen aus Lingen in Westfalen den knorrigen Vertretern der pragmatischen Weltsicht auferlegt (bald erfolgt vom Autor hierzu eine Kritik der kölnischen Vernunft: Es hätt no ämma jut jegange). Auf der anderen Seite sind heute zahlreiche Denker kaum noch in der Lage, infolge gewichtiger Gedanken in einen Graben zu plumpsen. Da halten sie sich doch lieber schadlos, indem sie sich in absichernder Umschau der Macht andienen. Damit haben die fertig.

Wohin soll man sich also wenden? Meine Nachbarn fallen aus, ja, sie lachen nicht einmal mehr, wenn ihnen so etwas Komisches wie der 15 Meter-Abstand vom Ordnungsamt befohlen wird. Und von Herrn Habermas und den Mitgliedern des Ethikrats hört man nichts; nicht einmal, dass sie in eine Pfütze getreten wären – was sie mir sympathisch machen würde. In letzter Zeit fühle ich mich hingegen zu unseren zwei Katzen Paule und Lolita hingezogen; ihr Stoizismus, ihre archaische Präsenz sind umwerfend.

»Minima Mortalia« von Werner Köhne erscheint bei Sodenkamp & Lenz. 216 Seiten, 27,50 Euro. Nachwort von Gunnar Kaiser. Bestellung via demokratischerwiderstand.de.



Die Kosten des »Lockdowns«

Auszug aus dem neuen Buch »Corona-Dossier« | von Flo Osrainik

Manchen Menschen wird allein die Angst vor Sars-Cov-2 zum Verhängnis. Schon im Mai 2020 sagte der Charité-Rechtsmediziner Michael Tsokos in einem Interview, »dass einiges anders läuft als vor der Pandemie-Situation. Wir haben eine Art von Suizid-Motiv vor uns, das ich vorher noch nicht kannte. Nämlich, dass Menschen aus Angst vor dem Tod den Tod als Ausweg wählen«.

Tsokos kennt bisher »weder von HIV noch von Krebs- oder Influenzaerkrankungen, dass Menschen, die gar nicht an einer Erkrankung leiden, sich aus purer Angst davor suizidieren. Das Tragische ist, dass diese Menschen, die wir untersucht haben, ja auch gar nicht an Covid-19 erkrankt waren«. Denn: »Normalerweise wählen Menschen den Tod aus Angst vor dem Leben beziehungsweise Weiterleben«, wenn sie schwer erkranken, persönliche Krisen oder Trennungen durchmachen oder den Arbeitsplatz verloren haben. Selbstverständlich kenne man nicht in allen Fällen das Motiv, aber anhand einer kleinen Stichprobe von acht Fällen in wenigen Wochen in Berlin konnte man »die Corona-Pandemie als auslösend oder zumindest mitauslösend für« den Selbstmord feststellen. Das gelänge durch die psychologische Autopsie, also was man von Angehörigen, aus Ermittlungsakten und Abschiedsbriefen erfährt. »Ich bin mir sicher, wir werden auf eine infektiologische Pandemie eine psychosoziale Pandemie sehen«, so Tsokos.

Mit seiner Prognose bezieht er sich auf die Weltwirtschaftskrise oder die letzte Finanzkrise. Der Rechtsmediziner nennt das Beispiel eines 53-Jährigen, der seit Jahren extrem zurückgezogen lebte und sich erhängte. Bei dem Mann habe eine »‚Lebensangst' — wohl am ehesten im Sinne einer Depression — bestanden, die durch die Corona-Pandemie« deutlich verstärkt wurde. In einem handschriftlichen Abschiedsbrief nahm der Mann Bezug auf die Auswirkungen der Corona-Politik: »Mir reicht's — Corona-Staat ohne mich.«



Bei dem Toten fanden die Mediziner weder Vorerkrankungen noch eine Sars-Cov-2-Infektion. Aber man müsse sehr genau hinschauen, wenn bis Ende des Jahres eine Übersterblichkeit vorliegen sollte: »Ist sie ausgelöst durch Corona-Tote, was ich aktuell für sehr fraglich halte, oder sind es vermehrte Suizid- und Alkohol-Tote?« Deshalb müssten die Maßnahmen auch so weit wie möglich gelockert und die Kommunikation »moderat geführt werden. Wir dürfen keine Panik machen, sondern wir müssen die Leute beruhigen«, statt in *Talkshows* immer wieder Horrorszenarien zu entwerfen.

Auch in anderen Ländern nahmen sich infolge des *Lockdowns* viele Menschen das Leben. So berichteten Ärzte und Krankenschwestern des *John Muir Medical Center* in Kalifornien von zahlreichen Suizidversuchen in relativ kurzer Zeit.

Die Krankenhäuser hätten sich zwar auf einen Ansturm von Covid-Patienten eingerichtet, doch dann erlebten die Mitarbeiter eine ganz andere Welle: »Ich meine, wir haben in den letzten vier Wochen Suizidversuche in einem Umfang wie sonst in einem ganzen Jahr erlebt«, zitiert der *Stern* Mike de Boisblanc, den Leiter der Notaufnahme des Krankenhauses von Walnut Creek in der Nähe von San Francisco. Mehrere Mediziner in den USA schalteten sich in der Corona-Krise in die Diskussion über die Ausgangssperren ein, weil sie die Welle der Selbsttötungen nicht weiter ignorieren konnten oder wollten.

Rätselhaft fand der *Stern* im Sommer 2020 die Tatsache, dass Thailand mit seinen rund 70 Millionen Einwohnern trotz enger Gassen, wuseliger Restaurants und gut besuchter Food-Hallen nach Zählweise der *Johns-Hopkins-University* »gerade einmal 3.239 Infektionen« und bisher so »wenige Tote« verzeichnet — nach offiziellen Statistiken hatten 58 Menschen eine Infektion mit dem Virus bis dahin nicht überlebt. Lag das womöglich an guter »Hygiene in Kombination mit kulturellen Gepflogenheiten«? Oder weil dort weniger getestet wird? Lag es vielleicht am Immunsystem, obwohl in Teilen des Landes Denguefieber besonders schwer verläuft?

Als er einen Corona-Ausbruch in der Stadt Pattani in Südthailand untersuchte, stellte Wiput Phoolcharoen, ein Experte für öffentliche Gesundheit an der Chulalongkorn-Universität in Bangkok, fest, dass 90 Prozent der dort positiv Getesteten keine Symptome zeigten. Dagegen stieg in den ersten sechs Monaten der Corona-Pandemie die Zahl der Selbstmorde auch in Thailand deutlich: um über 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Oder anders gesagt: Es wurden 2.551 Selbstmorde und damit 459 Fälle mehr als zur gleichen Zeit im Vorjahr gemeldet.

Die Daten nach dem ersten *Lockdown* weisen also darauf hin, dass die *Lockdown*-Politik mehr Menschen tötet als Corona. Weltweit hätten Regierungen auch keine wissenschaftliche Abwägung gemacht, was *Lockdowns* überhaupt an Menschenleben kosten könnten, so der schwedische Arzt und Publizist Sebastian Rushworth.



Notwendiger Bestseller: Das »Corona-Dossier«, erschienen im Rubikon-Verlag, Mainz 2021.

RKI verheimlicht Fehler

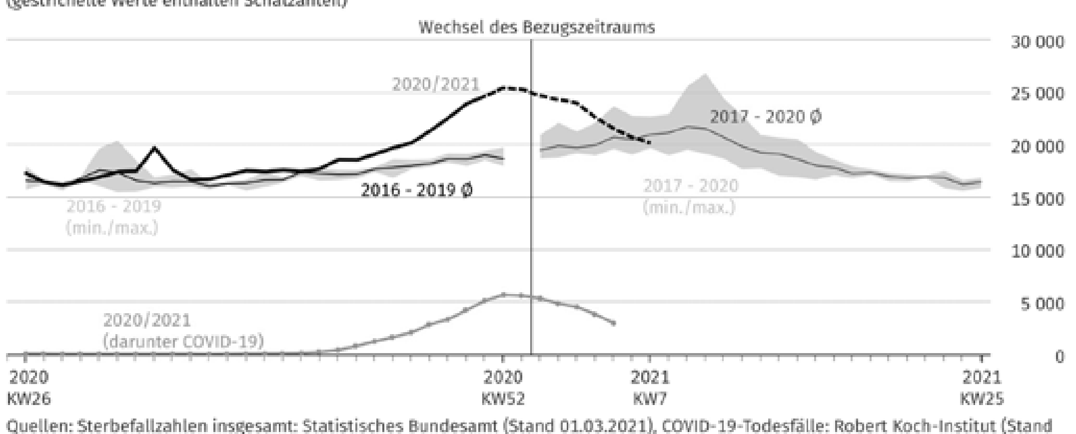
Recherche | von Dietmar Lucas

Vor vier Monaten habe ich das RKI um Informationen zur Zuverlässigkeit des Drosten-Tests gebeten. Seit dieser Zeit organisiere ich eine Mahnwache vor dem RKI, um Druck aufzubauen, damit ich die Antworten auch bekomme.

Der Antwortbrief kam in der letzten Woche. Dieser hat es in sich. Schon ein erster Ringversuch zu Sars-Cov-2 im April 2020 hatte aufgedeckt, dass Labore das Virus mit anderen menschlichen Corona-Viren verwechselten. Dennoch hatte das RKI eine »sehr gute« Testdurchführung behauptet, dafür aber ausschließlich die Ringversuche des Vereins *Instand* als Beleg angeführt.

Die Ergebnisse eines zweiten Ringversuchs hielt das RKI dann der Öffentlichkeit jedoch vor. Ich wusste, dass dieses Schweigen bei einem so wichtigen Thema politische Gründe haben muss. Die Zuverlässigkeit des Drosten-Tests ist von zentraler Bedeutung für das ganze Pandemie-Narrativ. Mir war klar: Wenn der Test fällt, fällt die Pandemie. Die Auswertungen des zweiten Ringversuchs liegen dem RKI seit dem 11. September 2020 vor. Aber erst die Klage vor dem Verwaltungsgericht veranlasste das RKI nun dazu, wenigstens erste Informationen herauszugeben. Und schon diese Informationen haben genug Sprengstoff, um das gesamte Pandemie-Gebäude zum Einsturz zu bringen: 7,6 Prozent der Labore aus dem Ringversuch haben das Klassenziel nicht erreicht. Sie haben so grobe Fehler gemacht, dass sie jenes Zertifikat, mit dem der Instand e.V. eine saubere Testdurchführung bestätigt, nicht erhalten haben.

Zum Vergleich: Die Positivquote des Drosten-Tests lag in der Vorwoche bei 6,12 Prozent. Wenn wir annehmen, dass die durchgefallenen Labore auch einen Anteil am Testaufkommen von knapp 8 Prozent haben, dann sind aktuell wahrscheinlich alle positiven Testergebnisse falsch. Die Corona-Pandemie müsste also auf der Stelle abgeblasen werden. Alle Maßnahmen müssen völlig neu bewertet – und sofort beendet werden. Die anderen 30 Seiten der Auswertung des Ringversuchs wird das RKI wohl erst vor Gericht preisgeben. Die Klage läuft weiter.



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die linksstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen seit dem Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Das gilt auch für 2021. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Sars-Cov-2 (Corona) existiert. Der Virus ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden. Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

Corona soll über den Sommer

Regierung verlängert den verfassungsbrüchigen Ausnahmezustand. | Von Hendrik Sodenkamp

Seit einem Jahr leben wir nun im Krieg gegen den Virus. Am Donnerstag, den 4. März, kam der Bundestag zusammen, um diesen Krieg zu verlängern. Der heißt jetzt »Feststellung einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite«. Bislang war diese befristet bis zum 31. März 2021, nun soll sie im Abstand von drei Monaten vom Bundestag bestätigt werden.

Corona ist also vorbei: Am 30. Juni 2021 oder am 30. September 2021 oder am 31. Dezember 2021 oder am 31. März 2022 oder am 30. Juni 2022 und so weiter.

Der Begriff »epidemische Lage von nationaler Tragweite« wurde erst Anfang 2020 erfunden und in den Rechtsstatus erhoben. Dieser Begriff ist der Schlüsselbegriff des Ausnahmeregimes und inhaltlich überhaupt nicht definiert. Im Gesetzestext lautet es schlicht, dass eine epidemische Lage vorliege, wenn »erstens die Weltgesundheitsorganisation eine gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite ausgerufen hat und die Einschleppung einer bedrohlichen übertragbaren Krankheit in die Bundesrepublik Deutschland droht« oder zweitens, »eine dynamische Ausbreitung einer bedrohlichen übertragbaren Krankheit über mehrere Länder in der Bundesrepublik droht oder stattfindet«.

Das heißt im Klartext: Ausnahmezustand herrscht, wenn die WHO sagt, dass Ausnahmezustand herrscht. Oder wenn es eine »bedrohliche übertragbare Krankheit« gibt. Was auch immer das heißen mag. Der Bundestag hat nun alle drei Monate die Möglichkeit festzustellen, ob die WHO noch sagt, dass Epidemie angesagt ist, oder um festzustellen, ob eine »Bedrohung« vorliegt. Der Bundestag hat mit dieser Definition überhaupt nicht viel zu entscheiden.

Die WHO selber hat eine derart substanzlosen Pandemiebegriff, dass bei wirklich jeder Grippewelle eine Pandemie ausgerufen werden kann, wie Wolfgang Wodarg schon zu Beginn 2020 feststellte. Die Bundesregierung und die Parlamentarier arbeiten außerdem seit dem 11. September 2001 mit dem Mittel, Bedrohungen zu konstruieren, vor denen sie die Leute dann retten können. Am Liebsten mit dem Einsatz von kriegerischen Mitteln und totaler Überwachung. Daher ist nicht davon auszugehen, dass der Ausnahmezustand im Sommer aufgehoben wird. Irgendeine Bedrohung wird es schon geben und seien es Mutanten, die man nicht kennt.


Bereit: 5.500 Gewerkschafter der Demokratischen Gewerkschaft (DG) in Hannover am 14.2.21.

AN »EPIDEMISCHER LAGE« HÄNGT DAS REGIME

Die Feststellung einer »epidemischen Lage« ist deshalb so wichtig, weil an ihr die gesamte Konstruktion des Corona-Regimes geknüpft ist. Nur mit Pandemie-Recht, wie es der Bundestag in Anlehnung an den Begriff Kriegsrecht auf seiner Internetseite nennt, ist die massive Verschuldung jenseits der Schuldenbremse möglich. Nur mit Pandemie-Recht ist die Machtkonzentration in den Ministerien abgesichert.

Die Fortführung des Ausnahmezustandes hat noch eine weitere Dimension. Die Leopoldina, jene Institution, die noch in den vergangenen Jahren Krankenhäuser schließen wollte und im Herbst 2020 unwissenschaftlich auf einen *Lockdown* drängte, wird die »Evaluation der Regelungsgesamtheit zur epidemischen Lage« vornehmen. Und dies laut Gesetz, man staune, bis zum 31. Dezember 2021. Das bedeutet, dass eine wissenschaftliche Aufarbeitung, ob das Regelwerk, zielführend und verhältnismäßig war, erst zum 31. März 2022 präsentiert werden würde.

Einen weiteren wichtigen Schritt, um Corona über den Sommer zu bringen, vollbrachte auch die außerhalb des Gesetzes stehende Runde aus Ministerpräsidenten und Kanzlerin am Mittwoch. Man einigte sich nach Stunden der Verhandlung darauf, dass es eine Reihenfolge an Öffnungsschritten geben werde. Diese Reihenfolge ist jedoch dermaßen unübersichtlich, dass sie wohl für Verwirrungen und Orientierungsschwierigkeiten sorgen wird. Außerdem birgt sie wenig Planungssicherheit, da auch Schließungen vorgenommen werden können.

Festgeschrieben wurde außerdem, dass bundesweit die Testungen zunehmen. Die Teilnahme in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen werden an einen abgeleisteten negativen Test gekoppelt. Da auch gleichzeitig an den sogenannten »Inzidenzwerten« festgehalten wird, ist davon auszugehen, dass durch das stark erhöhte Testvolumen ein andauerndes Drohszenario aufrecht erhalten werden kann. Eine Orientierung an der Auslastung der Intensivbetten kam für die Herrschaften nicht in Betracht. So scheint man es versuchen zu wollen: Testzahlen hochhalten, keine Planungshorizonte zulassen und sich von Woche zu Woche hangeln. Ausnahmezustand *forever*.

Lachen gegen den Wahnsinn

Vierte Industrielle Revolution ist das eigentliche Ziel. | KOMMENTAR von Aya Velázquez

Verweilverbot für Spaziergänger in Düsseldorf. Maskenpflicht für Jogger in Hamburg. Ein Polizeiauto, das einen 17-Jährigen quer durch einen Stadtpark verfolgt und dabei von hinten in die Beine rammt. Der Corona-Polizeistaat BRD mutiert fröhlich weiter in Richtung Absurdistan und ist sich inzwischen für fast keine Repression mehr zu schade.

Die »Verbrechen« der unverbesserlichen Bürger? Auf einer Parkbank Sonnenschein tanken. Beim Joggen maskenlos frische Luft einatmen. Freunden im Park ein *High Five* geben, oder, noch schlimmer, eine Umarmung. Bis zu 150 Euro Strafe und eine Anzeige drohen all jenen Unbelehrbaren, die es wagen, sich gegenüber der Staatsgewalt nicht ausreichend unterwürfig zu zeigen.

SOLIDARITÄT – ES IST NUR ZU EUREM BESTEN

»Wie schön, dass wir jetzt wie in Nordkorea leben!« Mit diesen Worten kommentierte eine ältere Frau sichtlich fassungslos den Polizeieinsatz in Düsseldorf, bei dem ein Beamter sie barsch zum Weitergehen aufforderte. Das Video wurde hunderttausendfach in den Sozialen Medien geteilt und sorgte deutschlandweit für blankes Entsetzen. Ein Lautsprecherwagen der Polizei beschallte die friedliche Sonntagsruhe mit Verordnungs-Gaga, Senioren wurden von Parkbänken vertrieben und Spaziergänger dazu angehalten, beim Spaziergehen »nicht zu verweilen«, ansonsten drohe ihnen eine Anzeige.

Aus strategischer Sicht ist es eigentlich zu begrüßen, dass das Regime inzwischen nun völlig ungeniert seine hässliche Fratze zeigt. Selbst dem härtesten Maßnahmenbefürworter schwant langsam, dass hier etwas vollkommen aus dem Ruder gelaufen ist. Man versucht nicht einmal mehr, eine vermeintliche Fassade des Anstands zu wahren.

Paralysiert wie die Kaninchen starren wir auf die Schlange der täglichen Corona-Neuverordnungen. Der unkoordiniert erscheinende Wahnsinn hat Methode: Ein fein abgestimmtes Empörungsmanagement soll unser Alltagsleben so unerträglich machen, dass wir förmlich nach der erlösenden Impfung betteln. Zur Belohnung gibt es für gehorsame Bürger den Covid-Pass, der endlich wieder ein sicheres Reisen ermöglichen soll, sowie ein dauerhaftes Impfabo. Impfen als Lifestyle-Droge, Impfen als Kult. *My Body my Choice*? – *Oldschool*. Eigenverantwortung? Egoistisch. Auf »jahrelange, wiederkehrende Impfungen« müsse sich die Bevölkerung einstellen, eröffnet Merkel unverblümt nach dem EU-Impfgipfel.

MASSNAHMENKATALOG FÜR DIE VIERTE INDUSTRIELLE REVOLUTION

Ein frisch geleaktes, bislang streng geheimes Geheimpapier des Bundesinnenministeriums (BMI), belegt es Schwarz auf Weiß: Die vermeintlich dem Infektionsschutz dienenden »Maßnahmen präventiver und repressiver Natur« stellen mitnichten einen bedauernswerten Kollateralschaden, sondern den eigentlichen Selbstzweck der ganzen Übung dar. Das eigentliche Ziel ist ein massiver Ausbau der Überwachung, *Contact Tracing*, Digitalisierung, die vollständige Nutzbarmachung unserer Daten sowie die Verwirklichung der Vierten Industriellen Revolution (4IR). Dieser streng geheime, sogenannte »Maßnahmenkatalog 4« wurde am 24. März 2020 unter den höchsten BMI-Funktionären intern veröffentlicht. Es handelt sich um das eigentlich entscheidende Dokument hinter dem bereits seit April des vergangenen Jahres bekannten »Strategiepapier« – beauftragt von Staatssekretär Markus Kerber, verfasst mit freundlicher Unterstützung des China-Lobbyisten Maximilian Mayer, der *University of Nottingham Ningbo China* sowie —Crowdhelix, einem 6,5 Milliarden schweren *Thinktank* für die Umsetzung der Vierten Industriellen Revolution.

Ein weises Bonmot besagt, Humor ist, wenn man trotzdem lacht. Lasst sie uns also auslachen, die gesichtslose Monstrosität des »Neuen Normal«. Wenn genügend von uns lachen, bereiten wir diesem autoritären Spuk ein Ende.

ES REICHT



Ihnen reicht es: Am 27. Februar versammelten sich Unternehmer bei der Kaffeerösterei Dinzler in Irschenberg. Foto: Dinzler AG

»Wir werden seit 15 Jahren katastrophal schlecht regiert«

In zwei bayerischen Landkreisen formieren sich rund 800 namhafte Unternehmen zum gemeinsamen Widerstand. | Von Sophia-Maria Antonulas

»Wir stehen zusammen« ist der Name und die gleichlautende Internetseite (wir-stehen-zusammen.com) der jüngsten Unternehmerinitiative, die sich in den bayerischen Landkreisen Rosenheim und Miesbach gegründet hat.

Es herrscht nervöse Betriebsamkeit vor der Kaffeerösterei Dinzler in Irschenberg an diesem sonnigen Samstagnachmittag. In wenigen Minuten beginnt die Versammlung, bei der über hundert unabhängige Unternehmen einen offenen Brief unterzeichnen sollen. Denn immer mehr Firmeninhaber fühlen sich von der Politik im Stich gelassen.

»CORONA IST KEIN VIRUS MEHR. CORONA IST WAHLKAMPF!«

Einige Frauen und Männer stehen vor dem Eingang des modernen Gebäudes und diskutieren verhalten. »Wir wollen andere Politiker, die uns einfach unsere Arbeit machen lassen«, sagt Marco Golshani, Inhaber des Werkzeughandels GoTools. Obwohl er durch seine starke Online-Präsenz nicht so betroffen sei, sehe er, dass die Politik den Mittelstand nicht mehr vertritt. »Es fällt uns jetzt auf die Füße, dass wir seit acht Jahren nur das geringste Übel wählen«, bringt Golshani die Meinung der Herumstehenden, die heftig nicken, auf den Punkt. »Denn die Entscheidungen und Verordnungen werden immer nur für die Großen und die Industrie getroffen. Das ist nicht erst seit der Corona-Krise so.«

Mit erstaunlich klaren und kämpferischen Worten geht es bei der eigentlichen Versammlung weiter. »Corona ist kein Virus mehr. Corona ist Wahlkampf«, so der Gründer und Geschäftsführer der Firma Bora, Willi Bruckbauer. Er habe genug von dieser »digitalen Party« und von Politikern, die »immer fetter werden« und daher »immer mehr Angst haben«. Für die 50 Grenzpendler, die in seiner Firma arbeiten, bedeuteten die Grenzschließungen »reine Schikane« und das »totale Chaos«. Unter tosendem Applaus schloss er die Eröffnungsrede: »Wir wollen unsere persönliche und unternehmerische Freiheit zurück.« Der Bürgermeister von Irschenberg, Klaus Meixner (CSU), der früher eine Zimmerei führte, kritisierte, dass die Wirtschaftskraft in Deutschland »kaputt gemacht« werde und der »soziale Friede in Gefahr« sei. Er forderte, dass alle Betriebe und Geschäfte wieder aufmachen, denn »bloß an Corona zu denken, ist zu wenig«.

»DAS LAND GEHÖRT DOCH UNS«

Als »Noch-CSU-Mitglied« beschreibt sich der Mitinitiator des Unternehmerkreises Markus Dettendorfer. Für den Inhaber einer Maschinenbaufirma ist der Brief nur ein erster Schritt, mit dem sie den Druck auf die Politiker beginnen wollen – denn »wir haben sie gewählt«. Dettendorfer hofft, dass es die benachbarten Landkreise genauso machen. Er schloss seinen Beitrag mit einer eindringlichen Forderung: »Das Land gehört doch uns, das ist unser Spielfeld. Und hier spielen andere ihr Spiel, während die Bevölkerung und Unternehmer auf der Bank sitzen und zuschauen. Das muss aufhören!« Klare Worte fand auch der Gastgeber, Franz Richter, der Vorstandvorsitzende der Dinzler Kaffeerösterei AG: »Seit 15 Jahren werden wir katastrophal schlecht regiert – seit Merkel.« Richter betonte, dass im Bund vieles im Argen liege und die »Grundrechte mit den Füßen getreten werden«. Die Hälfte der Dinzler-Belegschaft ist derzeit in Kurzarbeit. Und er bekomme Beklemmungen und habe schlaflose Nächte, bevor und nachdem er sie trifft, wie vor kurzem für ein gemeinsames Foto.
Schließlich unterschrieben am Tag der Versammlung 161 freie Unternehmer den offenen Brief an die Volksvertreter des Bayerischen Landtages. Zu den Forderungen gehören:

- Rückgabe der persönlichen und unternehmerischen Freiheit
- Eigenverantwortung und Selbstbestimmung im Umgang mit gesundheitlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Risiken
- Umgehende Wiedereröffnung aller Betriebe
- Reduzierung von staatlicher Regulierung und Rückkehr zur freien sozialen Marktwirtschaft.

Und in dem Schreiben heißt es weiter: »Wir fordern, dass die Politik in Bayern, Deutschland und Europa eine positiv gestimmte Grundhaltung annimmt. Freiheit und Selbstbestimmung muss vor Regulierung und Zwang stehen. Unsere Freiheit und unser Wohlstand stehen auf dem Spiel.« Bis Redaktionsschluss hatten bereits 785 Firmen mit mehr als 12.500 Mitarbeitern den Brief unterzeichnet.



VERWALTUNGSGERICHTSHOF MÜNCHEN BEERDIGT DEN RECHTSSTAAT

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat am 28.2.2021 auf die Anhörungsrüge von Ralf Ludwig und mir bezüglich zweier Demonstrationen in München wie folgt geantwortet:

»Soweit der Senat nicht ausdrücklich auf den »fachwissenschaftlichen Vortrag« in Bezug auf die Belegung von Intensivbetten und »statistische Auswertungen in Bezug auf die nicht vorhandene Übersterblichkeit durch Covid-19« eingegangen ist, gilt folgendes: Das Gericht kann sich – zumal unter den besonderen Umständen eines versammlungsrechtlichen Eilverfahrens – auf die Darstellung und Würdigung derjenigen tatsächlichen und rechtlichen Gesichtspunkte beschränken, auf die es nach seinem Rechtsstandpunkt entscheidungserheblich ankommt.«

Übersetzt bedeutet das: Ob Sars-Cov-2 eine Erkrankung auslöst, die zu einer erhöhten Belegung von Intensivbetten oder gar zu einer Übersterblichkeit führt, darauf kommt es aus Sicht des Gerichts nicht an! Mit dieser Rechtsprechung und Rechtsauffassung ist eine Rückkehr zu den Grundrechten, nach unserer Auffassung, ausgeschlossen.

Die Begründung der Corona-Maßnahmen war von Beginn an eine erhöhte Gefährlichkeit (Übersterblichkeit) oder die Überlastung der Krankenhäuser. Nach Ansicht des VGH reicht es nunmehr aus, dass der Staat die Bekämpfung irgendeiner Krankheit zum Staatsziel erhebt, dem dann alles untergeordnet werden kann. Mit der entsprechenden Einschränkung praktisch sämtlicher Grundrechte. Dies jedenfalls für die Dauer der »epidemischen Lage nationaler Tragweite«. Dabei wird bereits jetzt eine Verlängerung des »Epidemiezustandes« bis ins Jahr 2022 diskutiert.

Der 10. Senat des VGH ordnet sich daher, nach nunmehr fast einem Jahr massivster Grundrechtseinschränkungen, welche er letzte Woche noch selbst in einem meiner anderen Verfahren festgestellt hat, offenbar dem politischen Willen der Exekutive unter. Auch deshalb haben Ralf Ludwig, Beate Bahner und ich am 1. Mai eine Großdemonstration in München angezeigt, in der wir zur Verfassungswidrigkeit und den Kollateralschäden der Corona-Maßnahmen Bilanz ziehen werden.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt, Bürgerrechtler und Journalist. Er ist Preisträger der Republik. Haintz hat einen Telegrammkanal: t.me/haintz

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung. Siehe auch querdenken-711.de, BewegungLeipzig.de *und viele weitere. Demotermine (Ort, Zeit, Titel) eintragen via nichtohneuns.de!*

DANKE:

Mit Ihrer Spende an die Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V. unterstützen Sie den Druck dieser Zeitung, professionellen Journalismus und die Arbeit für die Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland. – Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an KDW e.V., IBAN DE72 1101 0100 2235 4091 57

RÜCKKEHR DER DEMONSTRATIONEN MIT MILLIONEN!

Das Regime lügt immer dreister, Demokratiebewegung wird siegen.

Viele verbrachten den Winter im Verborgenen. Überall im Land trafen sich Menschen wie zufällig auf Spielplätzen, vor Kirchen oder im fahlen Schein einer Schutzlaterne. Das frenetische Maskenregiment, eine freidrehende Polizei, Bearbeitungsstraßen und Demonstrationsverbote konnten jedoch zu keinem Zeitpunkt verhindern, dass sich die Verfassungsbewegung auf den Straßen und Plätzen begegnete. Allein die Größe der Versammlungen konnte in den vergangenen Wochen nicht an die Millionendemonstrationen im Sommer anknüpfen. Doch mit dem Frühling erwacht neben Krokussen und Maiglöckchen auch das Bedürfnis nach einem kräftigen Zeichen, das die Corona-Diktatur zu einem friedlichen, aber bestimmten Ende drängt.

Am 13. März finden unter dem Motto »Es reicht« in allen Landeshauptstädten Demonstrationen statt. Parallel dazu möchte ein Aktionsbündnis den Protest auf die deutschen Bundesautobahnen bringen. »D-Day 2.0« ist ihr Programm.

Dann der 20. März in Kassel. Aus ganz Deutschland sollen Traktoren-, PKW- und Motorradkolonnen kommen. Die Demokratiebewegung ist gekommen, um zu bleiben. Bis die verfassungsbrüchige Regierung zurückgetreten ist und eine echte, faire und transparente Aushandlung über eine gesamtdeutsche Verfassung initiiert und durchgeführt wurde. Zeitgleich brechen aus allen Städten Brandenburgs Autokorsos auf, um sich in Potsdam Sanssouci auf dem Rasen zu treffen.

Zum 28. März lädt dann der *Demokratische Widerstand* auf den Rosa-Luxemburg-Platz. Hier fand, genau ein Jahr zuvor, der erste top-hygienische Spaziergang mit dem Grundgesetz statt: Ausgangspunkt der Demokratiebewegung. Ein Jahr für Gewaltenteilung, Rechtsstaat, Wissenschaftlichkeit und Demokratie. Unser Sieg wird umfassend sein. (jro/bnd)

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

06.03.2021 12:15-15 Uhr	Hamburg, HafenCity vor Brooktorkai	Autokorso für Grundrechte
06.03.2021 11:30-15 Uhr	Radolfzell, Messeplatz	Autokorso für Grundrechte
06.03.2021 14-15:30 Uhr (jeden Sa)	Hagen, vor dem Allerwelthaus	Mahnwache für Frieden und Freiheit
06.03.2021 13:45-16 Uhr (jeden Sa)	Hannover, Schützenplatz	Autokorso für Grundrechte
06.03.2021 13-16 Uhr	Sinsheim, Parkplatz P9 PreZero Arena	Autokorso für Grundrechte
06.03.2021 13:45-16 Uhr	Brandenburg an der Havel, Wiesenweg	Autokorso für Demokratie und Selbstbestimmung
06.03.2021 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtpark	Spaziergang
06.03.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Bad Ischl, Kurpark	Spaziergang für Zusammenhalt & Aufhebung der Corona-Maßnahmen
06.03.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Amstetten, Hauptplatz	Spaziergang
06.03.2021 12-17 Uhr	Moers, Filder Straße 140	2. Konvoi für Freiheit & Grundrechte
06.03.2021 17-18 Uhr (täglich)	Gerlingen, Solitudestr. 20	Mahnwache für Änderung der Besuchsregeln in Kliniken
06.03.2021 14-18 Uhr	Wien, Maria-Theresien-Platz	Megademo "Kurz muss weg"
06.03.2021 14-18 Uhr (jeden Sa)	Köln, Parkplatz Heinrich-Rohlmann-Str. 1	Autokorso für Grundrechte
06.03.2021 15:30-18 Uhr	Pfarrkirchen, Parkplatz Neuwiesenweg	Autokorso für Grundrechte
06.03.2021 16-18 Uhr	Saarbrücken, Tbilisser Platz	Demonstration für Frieden, Freiheit und Grundrechte
06.03.2021 17-19 Uhr (jeden Sa)	Kirchdorf a.d. Krems, Rathausplatz	Spaziergang
06.03.2021 18:30-19:30 Uhr (täglich)	Schwäbisch Gmünd, Marktplatz	Tägliche Mahnwache auf dem Marktplatz
07.03.2021 12:30-15 Uhr (jeden So)	Düsseldorf, Parkplatz P1 Messe (Lotzweg)	Autokorso für Grundrechte
07.03.2021 14-16 Uhr (jeden So)	Salzburg, Mozartplatz	Spaziergang
07.03.2021 14-16 Uhr	Feldkirch, Leonhardsplatz	Versammlung für Freiheit & Demokratie
07.03.2021 14-17 Uhr	Mistelbach, Hauptplatz	Spaziergang - Gemeinsam statt einsam
07.03.2021 14:30-17 Uhr	Berlin, Alexanderplatz	Demo und Umzug
07.03.2021 15:30-17:30 Uhr	Tuttlingen, Ort auf Anfrage	Autokorso für Grundrechte
07.03.2021 15-18 Uhr	Ravensburg, Parkplatz Oberschwabenhalle	Autokorso für Grundrechte
07.03.2021 16:30-20:30 Uhr	Öhringen, Marktplatz	Aufzug für die Freiheit
07.03.2021 20-22 Uhr (jeden So)	Rheinstetten, Rappenwörthstr. 49	Abendspaziergang
07.03.2021 13-17 UHR	Bad Tölz, Moraltpark	Danz di frei
08.03.2021 13-13:30 Uhr (jeden Mo)	Neu-Ulm, Kantstraße 8	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
08.03.2021 11-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
08.03.2021 17-19 Uhr (jeden 2. Mo)	Eberswalde, Marktplatz	Montagsdemo Eberswalde
08.03.2021 18-19 Uhr (jeden Mo)	Schwäbisch Hall, Froschgraben	Querdenker-Treffen
08.03.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Klagenfurt, Neuer Platz	Lichtermarsch
08.03.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königs Wusterhausen	Demokratieflashmob
08.03.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Stralsund, Alter Markt	Informationsaustauch & Spaziergang
08.03.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Weimar, Theaterplatz	Montagsspaziergang
08.03.2021 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Olympischer Platz	Autokorso Berlin West
08.03.2021 18-21 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Montagsdemo
09.03.2021 17:30-21 Uhr (jeden Di)	Freiburg, Parkplatz des neuen SC-Stadions	Autokorso für Grundrechte
09.03.2021 19-20:30 Uhr	Bad Aibling, Ausstellungshalle (Viehhalle)	Kraft & Gedanken tanken
10.03.2021 15-19 Uhr (jeden 2. Mi)	Enzesfeld-Lindabrunn, Wiener Neustädterstraße	Arbeitsgruppe Positiver Wandel
10.03.2021 18-20 Uhr (jeden Mi)	Berlin, Paradiesstraße 256 (P+R S Altglienicke)	Autokorso Berlin Süd
10.03.2021 19-21 Uhr (jeden Mi)	Rosenheim, Ichikawaplatz	Mahnwache Rosenheim
11.03.2021 16-18 Uhr (jeden Do)	Berlin, Ecke Wilmersdorfer Str./Goethestr.	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog Charlottenburg
11.03.2021 19-20 Uhr	Traunstein, Stadtplatz	Lasst uns reden
11.03.2021 18-21 Uhr (jeden Do)	Hagen, Parkplatz Universitätsstraße	Autokorso für Grundrechte
12.03.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	Linz, Hauptplatz	Fest für die Freiheit
12.03.2021 16:30-19 Uhr (jeden Fr)	Kassel, Parkplatz Messehalle P1 Süd	Autokorso für Grundrechte
12.03.2021 17:30-20 Uhr (jeden Fr)	Spremberg, Parkplatz Georgenstraße	Autokorso für Grundrechte
12.03.2021 18-20 Uhr (jeden Fr)	Berlin, P+R Parkplatz Böhlener Str. (U Hönow)	Autokorso Berlin Ost
13.03.2021 00-23:59	Everywhere, Europe-wide	Europe-wide Anti-Lockdown Demonstrations
13.03.2021 00-23:59	Deutschlandweit, Überall	Es reicht! - Bundesweite Aktion
13.03.2021 13-23:59 Uhr	Stuttgart, Landtag	Es reicht! - Bundesweite Aktion
13.03.2021 13-23:59 Uhr	München, Bayerischer Landtag	Es reicht! - Bundesweite Aktion
13.03.2021 13-23:59 Uhr	Berlin, Bundesministerium für Gesundheit	Es reicht! - Bundesweite Aktion
13.03.2021 13-23:59 Uhr	Bremen, Marktplatz	Es reicht! - Bundesweite Aktion
13.03.2021 13-23:59 Uhr	Hamburg, Rathaus	Es reicht! - Bundesweite Aktion
13.03.2021 16-23:59 Uhr	Wiesbaden, Landtag	Es reicht! - Bundesweite Aktion
13.03.2021 13-23:59 Uhr	Rostock, Rathaus	Es reicht! - Bundesweite Aktion
13.03.2021 13-23:59 Uhr	Hannover, Landtag	Es reicht! - Bundesweite Aktion
13.03.2021 13-23:59 Uhr	Düsseldorf, Landtag	Es reicht! - Bundesweite Aktion
13.03.2021 12-23:59 Uhr	Mainz, Schillerplatz	Es reicht! - Bundesweite Aktion
13.03.2021 13-23:59 Uhr	Dresden, Königsufer	Es reicht! - Bundesweite Aktion
13.03.2021 13-23:59 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Es reicht! - Bundesweite Aktion
13.03.2021 13-23:59 Uhr	Kiel, Landtag	Es reicht! - Bundesweite Aktion
13.03.2021 13-23:59 Uhr	Erfurt, Domplatz	Es reicht! - Bundesweite Aktion
14.03.2021 14-16 Uhr	Bludenz, Riedmillerplatz	Versammlung für Freiheit & Demokratie
14.03.2021 14:30-16:30 Uhr (jeden 2. So)	Illertissen, Marktplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
15.03.2021 17-19 Uhr (jeden 2. Mo)	Bernau, Bahnhofsvorplatz	Montagsdemo Bernau
17.03.2021 19-21 Uhr (jeden Mi)	Rosenheim, Ichikawaplatz	Mahnwache Rosenheim
18.03.2021 19-20 Uhr	Traunstein, Stadtplatz	Lasst uns reden
19.03.2021 18-20 Uhr (jeden 2. Fr)	Weißenhorn, Rathausplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
19.03.2021 18-20 Uhr (jeden Fr)	Berlin, P+R Parkplatz Böhlener Str. (U Hönow)	Autokorso Berlin Ost
20.03.2021 12-16 Uhr	Kassel, Königsplatz	Weltweite Mega-Demo
20.03.2021 15-18 Uhr	Potsdam, Sanssouci	Sternfahrt aller Brandenburger Demokratikorsos
24.03.2021 19-21 Uhr (jeden Mi)	Rosenheim, Ichikawaplatz	Mahnwache Rosenheim
27.03.2021 14-18 Uhr	Chemnitz, Parkplatz Johanniskirche	Großdemo
28.03.2021 14:30-18 Uhr	Berlin, Rosa-Luxemburg-Platz	JAHRESTAG: Das Grundgesetz gilt auch heute. U.a. mit DW-Redaktion
03.04.2021 00:00-23:59	Stuttgart, Canstatter Wasen	Demo für Grundrechte
01.05.2021 14-22 Uhr	München, Theresienwiese	Großdemo, u.a. mit demokratischegewerkschaft.de
01.08.2021 12-23:59 Uhr	Berlin, Straße des 17. Juni	Großdemo
29.08.2021 12-23:59 Uhr	Berlin, Straße des 17. Juni	Großdemo

Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



Hunderte demonstrieren für die Wiederherstellung der Grundrechte. Foto: privat

Rosenheim wacht auf

»Die Polizei gehört an die Seite der Bürger.«

Für die Beendigung des *Lockdowns* und die Wiederherstellung der Grundrechte demonstrierten am vergangenen Sonntag Hunderte Menschen im Zentrum der bayerischen Stadt Rosenheim. Zu den Rednern gehörte der ehemalige parlamentarische Berater Sebastian Friebel, der davor warnte, dass die Polizei und das Militär »zu Sachen gezwungen werden, die niemand von denen eigentlich machen will«. Dabei gehörten die Polizei und das Militär auf die Seite der Bürger und nicht an die Seite der Politik. Der Unternehmer Markus Dettendorfer, der auch Mitinitiator des Unternehmerkreises Wir-stehen-zusammen ist, forderte die Medien dazu auf, ihre Arbeit zu machen und kritische Stimmen zu Wort kommen zu lassen. Für den musikalischen Protest sorgte die James Band. Veranstaltet wurde die Kundgebung von derselben Initiative, die sich auch jeden Mittwoch zur Mahnwache auf dem Ichikawaplatz trifft. (sma)



Foto: DW/Strotmann

HALLE STEHT AUF

Hunderte von Teilnehmern einer Anti-Corona-Maßnahmen-Demonstration zogen nach der Kundgebung am vergangenen Samstag unangemeldet durch die Stadt Halle. Die Menschen protestierten mit Sprechgesängen wie: »Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Freiheit klaut« und »Frieden, Freiheit, keine Diktatur«. Ebenso schallten »Merkel muss weg«-Rufe durch die Gassen. Laut Presseberichten ermittelt der Staatsschutz aufgrund von Verstößen gegen das Versammlungsgesetz und der Corona-Maßnahmen. (nas)



Foto: DW/Strotmann

ERFURTER UND MAGDEBURGER DEMOS LANDEN TEILS IN BERLIN

Mit einem Polizei-Großaufgebot hat die Stadt Erfurt eine geplante Demonstration gegen die Corona-Politik am vergangenen Samstag verboten und anschließend verhindert. Sie erteilte mehrere hundert Platzverweise an die Demonstranten. Der Versuch, die Genehmigung für den Protest in die Stadt Magdeburg zu verlegen, scheiterte ebenfalls an den Behörden. Ein Teil der Organisatoren brachte die Versammlung mit Genehmigung nach Berlin ans Brandenburger Tor: Den rund 100 Demonstranten standen dreimal so viele Polizisten gegenüber. (nas)

Saisonbeginn

Unser rasender Reporter Clark Kent über unangemessene Vorstöße

Kurz vor dem Ende des vergangenen Jahres sagte Michael Ballweg, dass wir vorerst keine Demos mehr machen werden, damit uns nicht die Schuld an vermehrten positiven PCR-Tests gegeben werden kann. Aus diesem Grund und weil das Wetter und die Temperaturen einfach nicht für Demonstrationen ausgelegt waren, wurde es, bis auf ein paar Autokorsos, im Vergleich zum Sommer relativ still, was Demonstrationen angeht. Doch der Frühling ist da, es ist sogar schon warm und so werden immer mehr Demos angemeldet. Mehr und mehr Menschen gehen auf die Straße.

Ein kurzes Gedankenspiel: Im letzten Jahr, als die Menschen demonstrierten, war der sogenannte R-Wert sehr niedrig. Danach sind die Zahlen sprunghaft angestiegen. Jetzt, wo die Demos wieder anfangen, gehen die Zahlen wieder runter. Obwohl ich den Unterschied zwischen Kausalität und Korrelation kenne, benutze ich die Argumentationsweise des Herrn Drosten und behaupte, dass demonstrieren ohne Maske die Menschen gesund macht. Aber zurück zum Thema.

Am Freitag fand die Demonstration »Ulli-Oma & Friends« mit rund einhundert Menschen in München statt. Bei dieser Größe war die Polizei sehr freundlich und die fünf Gegendemonstranten waren dieselben, die schon am Gedenktag der Geschwister Scholl auf der Straße waren. Eine Gegendemonstrantin war allerdings sexuell sehr aufdringlich und machte mit ihrem Schild »Fuck Querdenken« unangemessene Vorstöße. Jeden Montag gibt es einen Spaziergang durch die Kemptener Innenstadt. Übersteigt die Teilnehmerzahl die 50-Personengrenze, wird daraus eine stationäre Veranstaltung. Offensichtlich wird die Polizei dabei nicht mitgezählt, weil sie allein schon diese Grenze überschritten hätte. Wissenschaftlich wird der Bruch des Versammlungsrechts begründet mit: Willkür. Superman war diese Woche der Hauptredner und durfte an drei Stellen Ansprachen halten sowie durchgängig während des Spaziergangs reden. Dabei hat er, wie immer, die Leute in seiner Umgebung miteinbezogen. Seit diesem Jahr sind dort auch Gegendemonstrationen angemeldet, die sich eher mit Klischees befassen, anstatt auf Argumente einzugehen – ganz klare *Ad hominem*-Argumentationen. Auffallend war, dass die Gegendemonstranten andere als Nazis beschimpfen, sie aber die Diskussion sofort beenden, wenn sie selbst so bezeichnet werden. Der Wahnsinn geht in die nächste Runde. Die Saison hat begonnen.



»Hört auf zu konsumieren, fangt an zu produzieren«

Selbstversorgung als Teil der (Über)Lebenskunst | Von Hannes Henkelmann

Heute bin ich bei Werner Nierychlo zu Gast und spreche mit ihm über Familie, Filme und eine Feuerstelle.

DW: Was machen Sie beruflich?
Werner Nierychlo: Gelernt habe ich den ehrbaren Beruf des Radio- und Fernsehtechnikers. Anfang der Siebziger Jahre. Das war zu einer Zeit, als man Elektrogeräte noch repariert und nicht einfach weggeschmissen hat. Aber überwiegend war ich in den letzten 35 Jahren im Rahmen eines *Minijobs* als Filmvorführer in einem Kulturzentrum tätig.

Das klingt romantisch, nach einem Hauch von Cinema Paradiso?
Tatsächlich haben wir bis vor einigen Jahren noch mit 16 mm und 35 mm Projektoren gearbeitet. Man bekam diese Filme immer in mehreren sogenannten Akten geliefert und musste diese dann in der richtigen Reihenfolge auf die große Spule koppeln. Das war noch Handarbeit. Inzwischen kommen die Filme auf Festplatte und sind leicht in Gang zu setzen. Um auf meine Stunden zu kommen, habe ich deshalb weitere Tätigkeiten wie Aufbau und Kasse übernommen.

Was hat sich durch die Corona-Krise verändert?
Vom ersten *Lockdown* erfuhr ich aus der Presse. Das Kulturzentrum blieb geschlossen, mein Lohn fiel ersatzlos weg. Danach Wiedereröffnung mit Hygienekonzept. Das brachte aber Umsatzeinbußen mit sich, weil nur ein Drittel der Plätze belegt werden durften. Mit dem zweiten *Lockdown* kam auf unbestimmte Zeit das Aus. Ganz beiläufig. Unspektakulär. Es gab keine letzte Vorstellung und keine warmen Worte. Kein Kino, keine Kohle.

Wie haben Sie den Einkommensverlust auffangen können?
Zunächst mal will ich hier um meine Geschichte kein großes Gewese machen. Da geht es anderen schlimmer. Es gibt sehr viele Minijobber, die ihre Stelle verloren haben. Schon im letzten Oktober war auf *zeit-online* zu lesen, dass bundesweit 837.000 Stellen weggefallen wären. Minijobber haben halt keine Lobby und mangels sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung leider auch keinen Anspruch auf Kurzarbeitergeld. Da spielen sich schon Tragödien ab. Eine Bekannte von mir lebte bis vor kurzem von drei Teilzeitstellen und weiß jetzt nicht mehr, wie sie ihre Miete zahlen soll.

Es ehrt Sie, dass Sie auf dieses Problem hinweisen. Aber zurück zu Ihnen, wie kommen Sie zurecht?
Schon vor Jahren haben wir mehr auf Selbstversorgung gesetzt. Nach dem Motto: Hört auf zu konsumieren, fangt an zu produzieren. Das erweist sich jetzt als richtige Entscheidung. So können wir den Einkommensverlust als Familie ganz gut auffangen. Meine Frau arbeitet halbtags als Gärtnerin, und unsere erwachsenen Kinder, die noch zuhause wohnen, packen mit an. Wir haben einen eigenen Brunnen, einen kleinen Wald und damit genügend Brennholz. Das ist wichtig, denn in jedem Zimmer steht ein Ofen. Zudem halten wir Ziegen und Hühner und haben einen großen Garten, wo wir jede Menge Gemüse und Kartoffeln anbauen.

Und dieses denkwürdige Haus gehört Ihnen auch?
Ja. Unser Eigentum. Zum Glück auch schon komplett abbezahlt. Wir haben es 2005 übernommen. Über 30 Jahre gab es hier eine Wohngemeinschaft. Ich habe es kürzlich mal nachgehalten, insgesamt hatten wir im Laufe der Zeit hier 25 Bewohner. Manche blieben Jahre. Einige jedoch, durch das Konzept Selbstversorgung angelockt, unterschätzten, dass das auch mit viel Arbeit verbunden ist, und strichen schon nach einem Jahr wieder die Segel. Ich weiß, das nimmt jetzt der Selbstversorgung ein wenig die Verklärung.

Wie kommen Ihre Kinder mit diesem Lebensentwurf klar?
Wie gesagt, beide helfen bei der täglichen Arbeit. Unsere Tochter studiert Sozialpädagogik und will später auch am liebsten bei der Jugendhilfe auf dem Bauernhof arbeiten. Und mein Sohn macht bald Abitur. Er hat mir zu Weihnachten – Einen Tag mit Papa Holz hacken – geschenkt.



Die Feuerstelle dient nicht nur zum Heizen, sondern auch zum Brotbacken. *Foto: Hannes Henkelmann*

Und bevor Sie noch auf falsche Gedanken kommen, natürlich haben wir auch Internet. Ohne Netz könnten meine Kinder wohl kaum von zuhause aus zur Schule und zur Uni gehen. Übrigens informiere ich mich auch im Internet und muss inzwischen konstatieren, dass die alternativen Medien die eigentlichen Qualitätsmedien sind. Und auch wenn wir hier am Stadtrand nur wenig von der Corona-Krise mitbekommen, so empfinde ich die aktuelle Nachrichtenlage doch als sehr bedrohlich. Um unsere Demokratie ist es momentan wirklich nicht gut bestellt.

Das bringt mich zur abschließenden Frage. Welchem Genre ist denn der Film zuzuordnen, der hier gerade abläuft?
Ich muss Sie daran erinnern, ich bin Filmvorführer, kein Cineast. Aber ich will es dennoch versuchen: Nun, vielleicht ist es ja ist eine Art Politthriller mit einem Schuss *Science Fiction*, bei dem der Zuschauer lange Zeit im Dunkeln gelassen wird, wohin die Reise geht. Ganz sicher ist es jedoch kein Katastrophenfilm à la *Outbreak*, und Christian Drosten ist schon lange nicht Dustin Hoffman.

Briefe an die Redaktion

RÄTSEL

Als ich eben die Zeitung verteilte, habe ich einen Wunsch von einer 84-jährigen Leserin erhalten. Sie wünscht sich ein Kreuzworträtsel oder Sudoku. Ich musste sehr lachen, aber hinterher fand ich die Idee nicht schlecht, haben ja viele Zeitungen. – Frank K.

RETTUNG?

Ihr hofft immer noch auf Rettung von oben? Immer noch nicht begriffen, dass euch niemand aus der Scheiße zieht, die ihr selbst die letzten Jahrzehnte produziert und angesammelt habt durch eure gedankenlose Konsumhaltung und eure Verweigerung, die Verantwortung zu übernehmen und selbst zu denken, selbst zu entscheiden und selbst die Dinge zu richten, die schon lange zum Himmel stinken? Und nun wollt ihr in einer Tyrannendiktatur die Diktatoren mittels demokratischer Wahl absetzen? Fällt euch da denn so gar nichts auf? – Elke G.

BEWUSST SEIN

Der Plan der Verschwörungspraktiker, die Menschen, ob dafür oder dagegen, in einem Zustand der Angst und Ohnmacht einzusperren ist gelungen. Lasst uns Verschwörungstheoretiker die Wirklichkeit des Bewusst-Seins erschaffen. Vier Eckpunkte: 1. Abschaffung der Corona-Diktatur unter Södolf und Merkel sowie sofortige Rückkehr zu den Bürgerrechten vor 9/11; 2. Neuordnung der Medienlandschaft; 3. Migration: das Volk als potentielle »Rechte«, Spiel mit Opfer und Schuld; 4. Mitbestimmung durch Volksentscheide; – Ingmar B.

TÄTER WERDEN OPFER

Ich entziehe allen aktuell agierenden staatlichen Organen mein Vertrauen und werde das nicht bedingungslose Grundeinkommen verweigern, geschehe denn, was wolle. Mein Recht auf Menschsein ist und bleibt unveräußerlich. Für mich sind Menschenrechte ein Naturrecht und somit von grundsätzlichem Wert, unabhängig von außer Kraft setzbaren Legislativen. Tragisch ist, dass Unrechtssysteme Opfer und Täter generieren und auch Täter zu Opfern werden. Bei einem meiner Klinikaufenthalte saß an meinem Esstisch eine Angestellte der Agentur für Arbeit, die dem dort herrschenden Druck psychisch nicht mehr gewachsen war. Vielleicht gelingt es der Menschheit eines Tages, die Schaffung dieser Teufelskreise zu stoppen. Uns ist es gelungen, wir hatten uns angefreundet. – Christina B.



Zwei Impftechnologien wetteifern um den weltweiten Endsieg. Koste es, was es wolle. Collage: DW/Chris Stein

Rüstungswettlauf der Impfstoffe

Der russische Impfstoff Sputnik V hat die Nase vorn. | Von Hermann Ploppa

Für kurze Zeit keimte eine leise Hoffnung in der Öffentlichkeit auf. Die Weltgesundheitsorganisation WHO hatte ein baldiges Ende der Pandemie in Aussicht gestellt.

Ob hier die Öffentlichkeit absichtsvoll in die Irre geleitet wurde, oder ob ein Dissident in der WHO Fakten schaffen wollte, wissen wir nicht. Jedenfalls verlautet die WHO durch ihren Spitzenfunktionär Mark Ryan am 1. März nunmehr unmissverständlich: Die »Pandemie« dauert auf jeden Fall noch das ganze Jahr 2021, wenn nicht länger. Da wird so manche Hoffnung abgekühlt.

Hoffnung auf Entspannung der Daumenschrauben schürten zudem interessierte Politiker in den Bundesländern Hessen, Thüringen und Baden-Württemberg. Denn in den genannten Bundesländern wird am 14. März gewählt. Und die Politiker wollen bis dahin gute Laune schaffen, um wiedergewählt zu werden. Das ist gar nicht so einfach, wenn sich aktuell nur noch ein Drittel der Bevölkerung mit den *Lockdown*-Maßnahmen einverstanden erklärt.

Doch spätestens nach den Landtags- und Kommunalwahlen kommt das böse Erwachen: Machen Sie sich bitte die Mühe, einmal die Bundestagsdrucksache 19/26545 vom 9. Februar 2021 mit dem Titel »Entwurf eines Gesetzes zur Fortgeltung der epidemische Lage von nationaler Tragweite betreffenden Regelungen« aufmerksam zu lesen. Der gemeinsame Gesetzentwurf von CDU/CSU und SPD sieht vor, den bis 31. März 2021 befristeten bedingten Ausnahmezustand um ein Jahr zu verlängern. Die wissenschaftliche Begründung kann die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina dann bis zum 31. März 2022 nachliefern. Erst kommt der Ausnahmezustand, dann irgendwann die wissenschaftliche Begründung dieses Ausnahmezustands. Damit ist der deutsche Rechtsstaat dann ganz amtlich ins Mittelalter zurückgebombt.

Dieser bizarre Gesetzentwurf ist die notwendige Flankierung des institutionalisierten weltweiten Wettlaufs um die Entwicklung und Vermarktung eines Corona-Impfstoffes, den keiner braucht. Die bedeutendste Werbetrommel dieses formschönen und absolut zweckfreien modernen Ablasshandels mit der Injektionsnadel ist die WHO, die zu 80 Prozent von der Pharmaindustrie und privaten Stiftungen finanziert wird und die jedes Jahr etwa 200 Millionen Dollar für die aufwendigen Reisespesen ihrer Funktionärskaste ausgibt, ohne zu erröten.

WETTLAUF IN DIE BLUTBAHN

Nun, es muss also gespritzt werden. Profite durch Impfen oder der Tod durch Scheitern an der Verkaufsfront, das ist hier die Frage. Im weltweiten vakzinalen Rüstungswettlauf wetteifern zwei Impftechnologien um den Endsieg. Zum einen die neuen genmanipulativen mRNA-Impfstoffe von Biontech und Pfizer oder von Moderna. Zum anderen jene Corona-Impfstoffe, die sich herkömmlicher Vektor-Techniken bedienen. Die Fachzeitschrift *Lancet* hat den mRNA-Impfstoffen eine hohe Wirksamkeit attestiert. Da diese ganz neuen Impftechnologien vorzeitig zugelassen wurden, dienen im Augenblick Senioren in Deutschland als mehr oder minder freiwillige Probanden für die Vollendung der Versuchsreihen. Nebenwirkungen und Mortalität durch die Gen-Impfstoffe sind außergewöhnlich häufig anzutreffen.

Noch spielen Deutschlands Richter das Spiel der Pharmalobby mit und veranlassen äußerst selten Obduktionen der bedauernswerten Impftoten. Doch dieses gleichermaßen verfassungswidrige wie makabre Spiel lässt sich auf Dauer nicht durchhalten. Dass die deutsche Bundesregierung mit ihrem ganzen Prestige und mit unglaublichem Einsatz von Steuermitteln hier gerade eine Sackgassentechnologie befördert, wird die Bürger auf Dauer teuer zu stehen kommen. Strafgerichte, Zivilgerichte oder Bundesrechnungshof: Sie werden bald viel Arbeit auferlegt bekommen.

Dann gibt es da noch die altmodische Adenovirus-Impftechnologie. Ihr Wirkungsgrad wird von *Lancet* als geringer angesetzt: Die Impfsubstanz von Astrazeneca wird auf 60 Prozent Wirkung geschätzt. Demgegenüber weist der russische Adenovirusimpfstoff Sputnik V eine relativ hohe Wirksamkeit von 91,6 Prozent auf. Sputnik V ist der einzige aktuell angebotene Impfstoff, der nicht von einem privaten profitorientierten Hersteller stammt, sondern vom staatlichen Gamaleya-Institut. Sputnik V wurde tatsächlich an sehr wenigen Testpersonen ausprobiert, bevor er im letzten August von der russischen Regierung zugelassen wurde. Das schlachteten die Lobbyisten westlicher Pharmakonzerne damals propagandistisch aus. Dabei wurde vergessen, dass die Komponenten von Sputnik bereits in herkömmlichen Medikamenten eingebaut und die Risikopotentiale somit weitgehend bekannt sind. Böse Zungen behaupten sogar, Sputnik sei ein Placebo.

Wie auch immer. Sputnik wird seit August 2020 weltweit in 38 Staaten verabreicht, und es ist nicht ein einziger Todesfall bekannt geworden. Nebenwirkungen bewegen sich im Bereich dessen, was man von Pockenimpfungen bereits gewohnt ist. Zudem werden die beiden Impfschübe, die nacheinander verabreicht werden, zu einem Stückpreis von zusammen nur 9,60 Euro verkauft. Zudem kann man Sputnik V locker im Kühlschrank bis zu drei Monaten lagern. Kein Wunder also, dass das russische Vakzin der absolute Favorit ärmerer Staaten auf der Welt ist. Aber auch Tschechien, Slowakei oder Ungarn warten die Genehmigung durch die westeuropäische Impfbehörde EMA nicht mehr ab und bestellen bei den Russen.

Da die mRNA-Pioniere von Biontech/Pfizer nicht wie versprochen liefern können, und sich Spahn und von der Leyen nicht bis auf die Knochen blamieren wollen, haben auch sie schon ganz kleinlaut beim russischen Gamaleya-Institut angeklopft. Spahn kann sich sogar vorstellen, Sputnik V in Deutschland als Lizenznachbau herstellen zu lassen. Und der stark angeschlagene schwedisch-britische Pharmakonzern Astrazeneca will jetzt vom Sputnik-Nektar saugen und geht eine Kooperation mit Gamaleya ein.

Die russische Regierung unter Wladimir Putin führt den Impfwahn des Westens auf seine eigene Weise äußerst geschickt und diplomatisch vor. Weder wird in Russland eine Corona-Hysterie geschürt, noch wird irgendein Druck ausgeübt, Masken zu tragen, sich voneinander zu distanzieren oder sich gar impfen zu lassen, wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* weinerlich feststellt: »In Russland spielen die Mutationen bisher fast keine Rolle. Die Infektionszahlen sinken, obwohl es kaum Einschränkungen gibt, Abstands- und Maskenregeln nur halbherzig befolgt werden und bisher nur 2,7 Prozent der Bevölkerung mindestens eine Impfstoffdosis erhalten haben. Zwar können sich in vielen Regionen inzwischen alle Erwachsenen impfen lassen, doch das Vertrauen ist gering.« Ja, warum soll man sich denn auch impfen lassen, wenn jeder Russe weiß, dass die vom Westen geschürten irrationalen Corona-Ängste sich durch die Alltagserfahrung nicht bestätigen lassen? Das Vertrauen der Russen ist groß – in evidenzbasierte Aussagen.

Doch die Show muss weitergehen. Schon im Jahre 2009 sagte der Epidemiologe Tom Jefferson in einem *Spiegel*-Interview: »Um diese Idee, diesen Gedanken von der drohenden Influenza-Pandemie ist im Laufe der Jahre eine ganze Maschinerie aufgebaut worden. Da hängt viel Geld dran, Einfluss, Karrieren, ganze Institutionen! Alles was es jetzt brauchte, um diese Maschinerie in Gang zu bringen, war ein kleines, mutiertes Virus.« Ersetzen Sie Influenza (die es ja laut Statistik nicht mehr gibt!) durch Corona, und Sie wissen Bescheid. Die Maschine steht im Raum. Wie ein Moloch muss die Maschine gefüttert werden – mit zu impfenden Menschenopfern. Jetzt eilt der Pharmariese Johnson & Johnson mit einem eigenen Corona-Impfstoff auf den Weltmarkt. Und der Freiburger Aufsteiger CureVac geht gleich mehrere große Partnerschaften ein: mit Bayer, GlaxoSmithKline, Wakker Chemie, Rentschler und Fareva.

Niemand von den Glücksrittern der Impfwirtschaft macht ein Geheimnis daraus, dass die Impfungen nur begrenzte Zeit wirken. Geplant sind regelmäßige Impfungen im Einjahrestakt. Dazu müssen alle körpereigenen Immunfunktionen so weit wie möglich deaktiviert werden. Tanzverbote, das Aufscheuchen von Spaziergängern von Parkbänken, Gesangsverbote, Umarmungsverbote – all das macht in diesem Zusammenhang der verordneten Immunsuppression des Körpers einen Sinn. Eine nicht endenwollende Maschine zum Gelddrucken. Ein pharmakologisches *Perpetuum Mobile* – auf Kosten der Gesundheit von Milliarden Erdenbürgern. Die Wiederkehr der mittelalterlichen Wegezoll-Lagerei. Diesmal mit nie zuvor gekannter körperlicher Übergriffigkeit.

MELDUNG

80.000 IG-METALLER IM STREIK

Essen/DW. Seit Mittwochmorgen, 3. März, sind laut der Gewerkschaft IG Metall 80.000 Metaller im Streik. Mit 150 »Aktionen vor den Betrieben und auf den Straßen« werde »Druck« erzeugt. Transparente, Pyrotechnik und Luftballons seien eingesetzt worden. Laut der Gewerkschaft werde bereits seit Dezember verhandelt, die Kapitalseite jedoch fordere Lohnkürzungen. Deren Kalkül sei: Wegen des Corona-Regimes kann die IGM sowieso nicht in den Arbeitskampf gehen. Die Gewerkschaftsspitze der Demokratischen Gewerkschaft (DG/*demokratischegewerkschaft.de*) solidarisierte sich mit den Streikenden. (ale)

HARBARTH-GERICHT WINKT CETA DURCH

Karlsruhe/DW. Das Bundesverfassungsgericht, das seit Mai 2020 dem Lobbyisten Stephan Harbarth unterstellt wurde, hat das Sozialdumping-Paket CETA für verfassungskonform erklärt. Bis zum vergangenen Montag war CETA nur vorläufig zur Anwendung gekommen. Gegen das Wirtschafts- und Sozialdisruptionsprogramm TTIP hatten im Jahr 2015 rund 250.000 Menschen in Berlin demonstriert. Danach beschloss der Bundestag CETA. Das TTIP-gleiche Programm konnte wegen einer Verfassungsklage zunächst nicht voll in Kraft treten. Harbarth gilt in Karlsruhe als Problemjurist. (ale)

NIEDERLÄNDER SPRENGEN IMPFZENTRUM

Den Haag/DW. In der Region Bovenkarspel nördlich von Amsterdam soll laut Meldungen der russischen Auslandswelle *RT* ein Corona-Testzentrum teilweise gesprengt worden sein. Die Polizei sperrte den Ort am Mittwoch ab. Den Ermittlern zufolge soll es sich demnach um einen gezielten Sprengstoffanschlag gehandelt haben. (ale)

Da die großen Plattformen wie youtube, facebook und google Oppositionelle immer offener zensieren oder unauffindbar machen, stellen wir Ihnen hier eine kleine Linksammlung zusammen, mit der Sie direkt an Informationen gelangen können.

demokratischerwiderstand.de
demokratischegewerkschaft.de
kenfm.de
rubikon.news
corodoks.de
corona-ausschuss.de
mutigmacher.org
multipolar-magazin.de
ärzte-für-aufklärung.de
klagepaten.eu
miloszmatuschek.substack.com

*Diese **»Banken«** schlossen oder verweigerten dieser Wochenzeitung aus regierungspolitischen Gründen die Konten. In der vergangenen Woche sprerrte auch die Penta Bank ohne Vorwarnung vorübergehend unser Konto.*







»In den Innenstädten sterben attraktive Einkaufsorte«


Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

Der Einzelhandel geht in die Offensive. | KOMMENTAR von Hermann Ploppa

Es sind nicht mehr nur vereinzelte Ladeninhaber, die sich gegen die Strangulierung ihrer Geschäfte durch den *Lockdown* zur Wehr setzen. Zunehmend ergreifen Inhaber von Ladenketten und Franchisegeber das Wort. Spielwarenhändler haben einen Brandbrief an Frau Merkel geschrieben. Die Elektrohandelsketten, darunter so große Namen wie Media-Saturn, Euronics, Conrad oder Expert, schrieben ebenfalls der Kanzlerin: »In den Innenstädten sterben attraktive Einkaufsorte, zudem fallen wichtige Steuereinnahmen sowie Arbeits- und Ausbildungsplätze weg.« Immer noch setzen die Händler indes darauf, die Politiker gnädig zu stimmen. Zum Beispiel durch einen Siebenpunkteplan, zu dem »strikte Kontrollen« zählen, wie man die Kunden für Abstand, Schnelltests oder Verfolgungs-*Apps* disziplinieren will.

Auch Heinrich Deichmann ist in einem Interview mit dem *Handelsblatt* bemüht, seine strikte Kooperationsbereitschaft mit den Politikern zu betonen. Dabei musste Deichmann, der einer Schuh-Ladenkette mit 1.400 Filialen vorsteht, bereits starke Einbußen in Höhe von 52 Milliarden Euro hinnehmen. Dem stehen nur 90 Millionen Euro Regierungshilfen gegenüber. Deichmann erkennt den Widersinn der *Lockdown*-Maßnahmen deutlich, wenn er feststellt, dass der Ansteckungswert mit 0,6 niedriger liegt als im Bevölkerungsdurchschnitt mit 0,8. Er fordert jetzt die Öffnung der Einzelhandelsgeschäfte zum 8. März. Auch er setzt auf strikte Regeln für die Kunden, selbst, wenn dann vermutlich nur ein Drittel der Stammkunden einkauft.

Doch Heinrich Deichmann wird langsam deutlich, dass die Behinderung des Einzelhandels System haben könnte: »Ich hätte es nicht für möglich gehalten, dass sich die Politik in einem solchen Maße über die Interessen des Handels hinwegsetzt.«

Geldmengenexplosion

Droht eine neue Inflation?

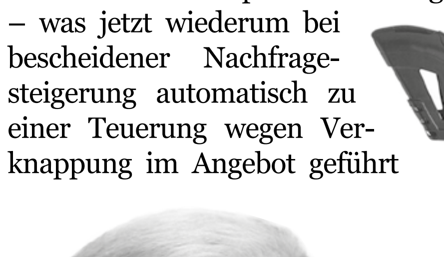
Der neue US-Präsident Joseph Biden ist ein wahrer Zauberkünstler. Er hebt den Zylinderhut, und heraus kommen viele, viele neue Dollarscheine. Die sollen die zum Stillstand gekommene amerikanische Wirtschaft wieder ankurbeln. Dafür sind alleine schon 1,9 Billionen US-Dollar veranschlagt, das sogenannte Stimulus-Programm. Weitere zwei Billionen US-Dollar sind für Ausbau und Reparatur der vergammelten Infrastruktur vorgesehen. Und 1,7 Billionen Dollar sollen für die Rettung des Klimas eingesetzt werden.

Dieses ganze Geld ist überhaupt nicht vorhanden. Es muss aus dem Nichts (*ex nihilo*) in das Sein hinüberwandeln, wird also ohne Gegenwert einfach gedruckt. Kein Problem. Die US-amerikanische Zentralbank Federal Reserve (kurz: FED) schmeißt ab sofort jeden Monat 120 Milliarden US-Dollar in die Wirtschaft. Und das zwei Jahre lang. Also insgesamt 2,88 Billionen Dollar. Dazu werden noch neue Schulden aufgenommen und staatliche Pfandbriefe ausgegeben, auf die auf dem freien Markt spekuliert werden darf.

Nachdem die Fraktion der Demokratischen Partei den früheren Präsidenten Donald Trump wegen dessen hemmungsloser Verschuldungspolitik gegeißelt hatte, heben selbige Demokraten die Staatsverschuldung mit dem Biden-Programm auf historische Spitzenwerte. Der Internationale Währungsfond sagt voraus, dass im Jahre 2021 die Schuldenquote auf 133,64 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ansteigen wird. Und das Haushaltsamt des US-Kongresses in Washington hält für das Jahr 2050 eine Schuldenquote von sogar 195 Prozent des BIP für wahrscheinlich. Die EU will sich aktuell mit 750 Milliarden Euro neu verschulden. Welche Folgen hat eine solche Aufblähung der Geldmenge? Folgt daraus eine Inflation? Das wird aktuell unter Ökonomen kontrovers diskutiert. Bundesbank-Präsident Jens Weidmann sieht die Lage ziemlich entspannt und geht für 2021 lediglich von einer Inflationsrate in Höhe von maximal drei Prozent aus. Der im Augenblick angesagte britische Ökonom Charles Goodhard geht jedoch eher von einer mittelfristigen Inflationsrate von fünf bis zehn Prozent aus. Der Verbraucherpreisindex liegt im Februar 2021 um 1,3 Prozent höher als im Vorjahr. Das ist wenig und erklärt sich daraus, dass die Preise im *Lockdown* zum Teil sogar gesunken sind und sich jetzt erst wieder aus dieser Talsohle erheben. Denn der *Lockdown* mitsamt aller damit zusammenhängenden Einschränkungen brachte nicht nur bezüglich der Bürgerrechte eine DDR 2.0 hervor.

Genau wie in der DDR stieg auch im Corona-Deutschland die Sparquote dramatisch an. Man hat Geld, kann oder will es aber nicht ausgeben. Die geschrumpfte Nachfrage hat in der *Lockdown*-Phase zum massiven Kapazitätsabbau geführt – was jetzt wiederum bei bescheidener Nachfragesteigerung automatisch zu einer Teuerung wegen Verknappung im Angebot geführt hat. Schiffstransporte sind jetzt dreimal so teuer wie vor Corona. Für Halbleiter, Stahl oder alle Ölprodukte muss deutlich mehr ausgegeben werden. Zudem ist die Mehrwertsteuersenkung wieder beendet. Aber auch beim Angebot an Arbeitskräften sehen Ökonomen wie Goodhard aufgrund der Alterung der Bevölkerung einen Trend zur Verteuerung der Arbeitskraft. Eine demographische Verknappung der Ware Arbeitskraft und damit einen Trend zur Inflation. Aus diesem Blickwinkel betrachtet, macht die Zwangsdigitalisierung einen ökonomischen Sinn. Gerade die Volksrepublik China leidet aufgrund der Ein-Kind-Politik massiv an Überalterung.

Diese Szenarien zugunsten einer Inflation gehen allesamt von der leider unzutreffenden Annahme aus, dass der *Lockdown*-Spuk bald ein Ende finden könnte. Die Große Koalition plant nämlich eine Gesetzänderung zur Verlängerung des *Lockdowns* für mindestens ein Jahr. Eine massive Gefahr liegt in der bereits erwähnten massiven Überschuldung der Nationalstaaten begründet. Wie soll eine Wirtschaft die gigantischen Geldmengen, die aus dem Nichts generiert wurden, jemals wieder einspielen, wenn die *Lockdown*-Lähmung weitergeführt wird? Eine solche Geldmengenvermehrung *ex nihilo* macht nur als Anschubfinanzierung Sinn. Wenn dann nichts weiter geschieht, ist der Effekt schnell verpufft. Wieder einmal lässt sich der Eindruck nicht von der Hand weisen, dass Politiker planvoll die Zerschlagung der Nationalstaaten in die Wege leiten. Ein Staat, in dem die Verschuldung doppelt so hoch ist wie die Summe dessen, was alle Bürger eben dieses Staates erwirtschaften, ist schlichtweg bankrott und kann nicht einmal mehr die Zinsen tilgen, geschweige denn seinen Versorgungspflichten nachkommen. (hp)


Ertrinkt Joe Biden in der großen Flut an frisch gedruckten Geldscheinen?

Collage: Jill Sandjaja

Der neue Kalte Krieg

Eine durch Corona sedierte Bevölkerung lässt den Weltkriegstreibern freie Bahn. | Von Ullrich Mies

Seit dem Ende der UdSSR haben sich die USA und das außenpolitische Establishment der EU im Rahmen ihrer geopolitischen Welt-Neuordnungspläne dazu entschlossen, den marktradikalen Kapitalismus nach Osten auszudehnen und dieses Projekt militärisch durch die Nato-Osterweiterungen abzusichern.

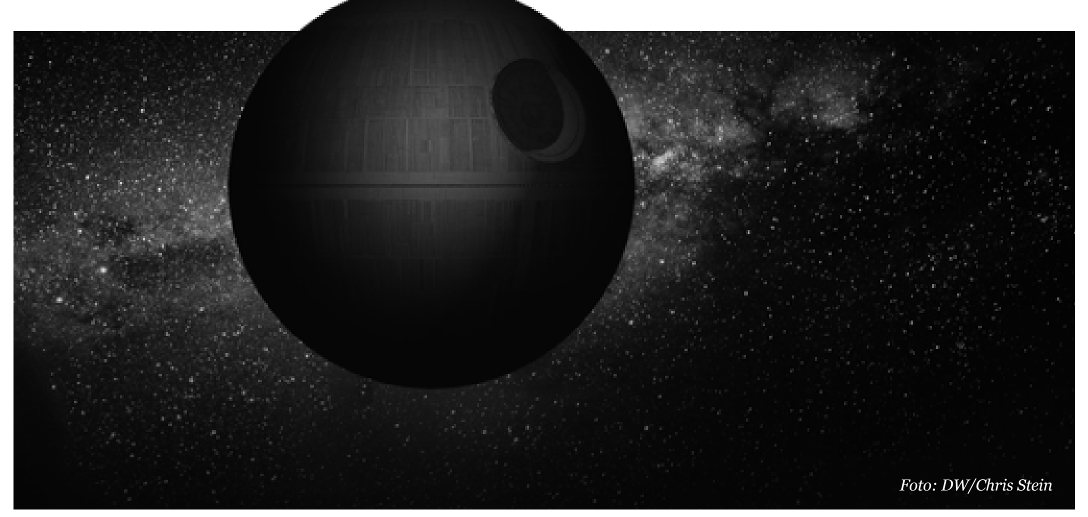


Foto: DW/Chris Stein

Wer dem US-Imperium im Wege steht, wird destabilisiert und dann mit Krieg überzogen.

Haupttreiber der Nato-Politik sind die USA. Die US-Imperialstrategie betrifft letztlich die gesamte Welt. Ziel des transatlantischen außenpolitischen *Establishments* in Nato und EU ist, ihre imperialistischen Territorialansprüche durch die Aufnahme immer neuer Länder maximal zu erweitern, Ressourcen, Märkte und Investitionsräume zu erobern sowie Handelswege zu sichern. Jedes Land, das sich diesen Plänen entgegenstellt, wird zunächst propagandistisch dämonisiert, dann durch *Regime-Change*-Operationen destabilisiert und letztlich mit Krieg überzogen.

Sogar die Atommächte Russland und China sind von dieser geostrategischen Eroberungsmission betroffen, werden mit Sanktionen und Stellvertreterkriegen, zum Beispiel in Georgien, der Ukraine und Syrien, terrorisiert und in neue Aufrüstungsrunden gedrängt, um sie ökonomisch maximal zu schädigen. Transatlantisch-neokonservative Cliquen zogen Nato- und EU-Osterweiterung in einem schleichenden Prozess über mehrere Etappen und einem 20-Jahreszeitraum ohne jede Rücksicht auf russische Sicherheitsinteressen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für den Frieden in Europa und in der Welt durch.

Das Ergebnis ist eine Welt im Kalten Krieg 2.0, der im Schatten der Corona-Sedierung der westlichen Bevölkerungen jederzeit in einen neuen Weltkrieg eskaliert werden kann. Die neue außenpolitische »Community« der Biden-Administration lässt nichts Gutes befürchten. Sie will an Obamas Kriegspolitik anknüpfen. Die westlichen Herrschaftsetagen unter US-Führung sahen sich nach 1990 als Siegermächte eines Systemkampfes. Sieger schreiben die Geschichte und darum kam für die politischen Führungen der USA und ihre europäischen Vasallen eine an langfristiger politischer Stabilität und Zusammenarbeit mit Russland »auf Augenhöhe« orientierte Außenpolitik gar nicht in Frage. Für sie ging es fortan darum, die Satellitenstaaten der kollabierten UdSSR in ihren Interessenraum zu integrieren, um auf dem »neugeordneten« eurasischen Schachbrett — ganz im Sinne Zbigniew Brzezinskis, »Die einzige Weltmacht« — vollendete Tatsachen im Sinne der langfristig angelegten Strategie der amerikanischen Welteroberung zu schaffen. Danach fühlen sich allein die USA berufen, die Neuordnung der Welt zu bestimmen und ihre Einflusszonen unter geostrategischen Gesichtspunkten – maßgeblich in Eurasien sowie im Nahen und Mittleren Osten – zu erweitern. Bereits die Nato-Gründung, vor allem jedoch die Erweiterungsrunden nach 1999 sowie alle Aufrüstungsschritte der Nato-Staaten, stehen in direktem Zusammenhang zur US-Strategie der Weltherrschaft.

IM WESTEN NICHTS NEUES: ALTE UND NEUE WELTBEHERRSCHUNGSIDEOLOGIE

Die Zerstörung Jugoslawiens, die Osterweiterungen, das mediale Kesseltreiben gegen Russland und den »bösen Putin«, Hunderte Militärmanöver unter anderem an den russischen Grenzen, die Zerlegung der Länder des Nahen und Mittleren Ostens im »Nachgang« zu 9/11, die erneute Aufrüstung der Nato und das permanente Anfachen von Konflikten gehören zu einem Handlungsensemble. Das bislang größte Nato-Militärmanöver seit etwa 40 Jahren – Trident Juncture – mit circa 50.000 Soldaten fand im Oktober und November 2018 in Norwegen statt.

Gemeinsam mit der irrwitzigen Aufrüstung – inklusive Raketenabwehrkomplexen in Polen und Rumänien – dient diese Strategie in Europa einem Ziel: Russland wirtschaftlich zu ruinieren, tot zu rüsten und schließlich zu erobern. Die Nato-Expansion der Post-1990-Ära folgt der Weltbeherrschungsagenda der USA und seines Anhängsels Großbritannien, aber auch den sub-imperialistischen Ambitionen der EU mit ihren Haupttreibern in Berlin und Paris. Die Nato verschafft sich ferner über *Partnership for Peace*-Abkommen Zugang zu Staaten, die dem transatlantischen Bündnis nicht angehören, um so ihre Einflusszonen systematisch zu erweitern.

Der Anspruch auf Weltherrschaft wurde als Report des Nationalen Sicherheitsrates für Präsident Truman nach dem Zweiten Weltkrieg revitalisiert: Die *United States Objectives and Programs for National Security*, NSC-68, gilt als die Bibel der amerikanischen Sicherheitsstrategie nach 1950 und umfassendste Stellungnahme der neuen Ideologie, die die amerikanischen Führer in der Ära des Kalten Krieges anleitete. NSC-68 sowie alle fortgeschriebenen Nationalen Sicherheitsstrategien sowie Vier-Jahres-Verteidigungsreports sind bis zum heutigen Tage Ausdruck dieses Anspruchs, der durch die Militärideologie der *Full-Spectrum-Dominance* ergänzt wird, das heißt der Überlegenheit auf allen Gebieten des Militärs und dessen etwa 800 Stützpunkten weltweit. Letztlich rechtfertigt die Überlegenheitsideologie alle schmutzigen bis verbrecherischen Herrschaftspraktiken im Namen von »Demokratie und Freiheit«. Diese Praktiken schließen die Intensivierung positiver und zeitgemäßer Maßnahmen und Operationen mit verdeckten Mitteln in den Bereichen Wirtschaftskrieg sowie der politischen und psychologischen Kriegsführung, um Unruhen und Revolten in ausgewählten strategischen Satellitenländern zu schüren und zu unterstützen ein.

IMPERIALSTRATEGIE: NATO- UND EU-OSTERWEITERUNG

Da den USA und den Nato-Staaten mit dem Zusammenbruch der UdSSR nach 1990 der Feind und der Kalte Krieg abhanden kamen, brauchten sie für ihre Militärapparate neue Aufgaben und Legitimationen. Die Vorbereitungen für ihre Expansionen schufen sie im Zeitraum bis etwa 1998. Ihre neue Geostrategie war in Umrissen jedoch schon zur Mitte der 1990er Jahre konzipiert. Sie basiert auf Machtzuwachs und Expansion in die ehemaligen UdSSR-Satellitenstaaten, um immer neue Länder in den eigenen Machtbereich aufzunehmen. Der alte Kalte Krieg des abgeschlossenen Systemkampfes Kapitalismus gegen Kommunismus wurde ab etwa 2000 in ein neues ideologisches Gehäuse umgebettet und als Kalter Krieg 2.0 gegen das nunmehr umfirmierte »aggressive Russland Putins«, gegen »die Terroristen« und neuerlich gegen China fortgeführt.

Die Weltbeherrschungsstrategie der USA und ihrer transatlantischen Nato-/EU-Vasallen umfasst seit dem totalen Sieg des Kapitalismus folgende Komponenten:

- Nato-Osterweiterung in mehreren Schritten und Aggressionsphasen, 1999, 2004, 2009, 2017, 2020;
- die EU-Erweiterungen, 1990, 1995, 2004, 2007, 2013;
- die Radikalisierung des außenpolitischen *Establishments* der USA durch neokonservative *Deep-State*-Cliquen;
- die systematische Revitalisierung Russlands als neuer Feind ab 2000;
- den »War on Terror«, formal seit 9/11;
- die *Greater Middle East Initiative* zur Beherrschung des ölreichen Nahen und Mittleren Ostens;
- den Schwenk nach Asien (*Pivot to Asia*) unter Obama seit 2012, um neben Russland den neuen Feind China ins Visier zu nehmen;
- die Instrumentalisierung der Massenmigration unter anderem als Herrschaftstechnik nach innen;
- den Kampf der Herrschafts-Cliquen gegen die eigenen Völker durch Massenverdummung, *Information Warfare* und psychologische Operationen, Totalüberwachung und Aufstandsbekämpfung sowie
- die Radikalisierung dieser Strategie seit März 2020 als transnational koordinierter Corona-Terror gegen die Völker »nach innen« mit dem Ziel der Verwirklichung der »Vierten industriellen Revolution« nach Maßgabe des *World Economic Forum* und der Errichtung einer totalitären Weltordnung = *New World Order/ One World Order*.

Biden bombardiert

Joseph Biden ist seit einem Monat US-Präsident – und lässt Syrien bombardieren. | Von Anselm Lenz

Am 25. Februar 2021 setzten die Vereinigten Staaten von Amerika ihren Angriffskrieg auf Syrien fort. Laut US-Angaben sollen drei Lastwagen bombardiert worden sein, die Munition geladen hatten.

Das Zielgebiet der Luftschläge sei zwischen den Orten Bukamal in Syrien und Kaim auf irakischer Seite des Grenzgebietes gelegen. Ein Sprecher der amerikanischen Angriffstruppen, John Kirby, sprach von einem »Vergeltungsschlag«. Das US-Bombardement nahe Bukamal kostete Meldungen zufolge 17 Menschenleben. Sprecher Kirby bezeichnete die Angriffe als »verhältnismäßig« und »deeskalativ«. Anderen Meldungen zufolge seien auch 500-Pfund-Bomben eingesetzt worden, wobei Menschen und zivile Einrichtungen auf syrischer wie irakischer Seite getroffen worden seien. Die Gegner des syrischen Machthabers Bashar Al-Assad, denen die USA mit dem Angriff Schützenhilfe leisten, gelten als radikale Islamisten.

US-Präsident Joseph Biden gilt als Marionette des Militärisch-Industriellen-Komplexes der USA (sogenannter Tiefer Staat). Erst vor einem Monat wurde er inauguriert. Bei seiner Wahl, die unter den Bedingungen des Corona-Regimes stattfand, war es zu erheblichen Unregelmäßigkeiten gekommen (DW berichtete). Zuvor hatten die USA unter Präsident Donald Trump vier Jahre lang kein weiteres Land mehr überfallen, sondern Rückzugsbewegungen von US-Truppen aus den besetzten Ländern und aktiven Stellungen in Gang gebracht. Für Biden, Nato und das Corona-Kriegsprogramm demonstriert seit einem Jahr die partei- und konzerngelenkte »Antifaschistische Aktion« in Deutschland mit kleinen Versammlungen.

Siehe auch »Identitäre Bewegung Antifa«, aktuelle Analyse des Autors auf KenFM.de.

Orthodoxer

Die Tradition der Kirche im Untergrund

Als der weltweite Virus-Wahn ausbrach, stieß dieser in Russland umgehend auf kritische Stimmen. Diese kamen sowohl aus der Wissenschaft, von Forschern und Medizinern als auch aus der Zivilgesellschaft, vertreten von Patientenverbänden und Elternkomitees.

Politisch war der Protest an beiden Rändern der Parteienpalette beheimatet: dem radikal-freiheitlichen, dem libertären und dem patriotischen-antiwestlichen. Eine breite Bewegung jedoch, jenseits der abgelebten Schubladenaufteilungen, ist bis jetzt in Russland nicht zu beobachten. Auch der Schritt von der Kritik in den Widerstand bleibt eine Ausnahme. Der Anstoß, diesen Weg zu beschreiten, ist mitunter der Glaube.

Ich befinde mich mitten im Uralgebirge. Hinter mir liegt ein verschneiter Weg. Vor mir das rebellische Anti-Corona Kloster, wo die staatlichen Maßnahmen vehement abgelehnt werden. Bei minus dreißig Grad scheint selbst die im Schnee widergespiegelte Sonne einzufrieren.

EIN SKEPTISCHER EMPFANG

»Wohlan, lasst den Pilger rein!« Die Schranke geht quietschend hoch. Männer in zusammengewürfelten Uniformen geleiteten mich zu einem Wachhäuschen. Drinnen steht einen Dickbauchofen voller Hitze, es gibt frisch aufgesetzten Tee, einige Ikonen, auf denen Zar Nikolaus der II. zu erkennen ist. »Bist du ein *Blogger*?«, fragt mich einer der Wächter. »An dieser Sorte Besucher verbrennen wir uns ständig die Pfoten. Erst kam diese Tussi aus der Glotze und pöbelte die Nonnen an, dann die mit den Hubschraubern, die in den Wäldern herumschnüffelten. Manche sprachen, so wie du, wie gedruckt. Am Ende kamen nur schlechte Lügenbeiträge heraus. »Ich versuche die Männer für mich zu gewinnen und gebe vor, dass ich das Heiligtum ehren möchte. »Zeig erst einmal dein Tattoo her«, sagt ein zweiter Wachmann, der am warmen Ofen lehnt. »Hat das eine Bedeutung? Rezitier mal das orthodoxe Glaubensbekenntnis«, drängt er mich. Ich bin vorbereitet und tue es. »Amen, passt«, lächeln sie in ihre Vollbärte. »Du wirst hier aber keinen interviewen. Es gibt nur einen, der Bescheid weiß: Das Väterchen. Aber der ist in Moskau in Haft und gibt seit Wochen keinen Laut von sich. Er hört auf Gott.« Ich stehe auf und hebe den Rucksack auf. »Warte bitte. Zeig mal dein Brustkreuz«, fordert mich einer der Wärter auf. Ich habe keines und gebe vor, es verloren zu haben. Die Augen des Bärtigen in Uniform zeigen sich mir in einer unfassbaren Klarheit. »Diese Augen haben Krieg gesehen«, denke ich und ärgere mich, dass ich mein Kruzifix zu Hause vergessen habe. Ich denke wirklich »Kruzifix«, als wäre ich ein Bayer. Die ganze Reise hinfällig, verloren. »Und du sagst, du wärest orthodox«, herrscht mich der Wachmann an. »Das geht nicht!« Er denkt kurz nach, dann: »Hier, nimm mein Kreuz und trage es.« Geschafft. Ich betrete das Klostergelände.

Warum die Mühe? Die Strecke von Moskau zum Kloster von gut dreieinhalbtausend Kilometern hatte ich mir vorgenommen, da mich eine Nachricht bis ins Mark getroffen hatte: Militärs der Nationalgarde hatten in einer Nacht-und-Nebel-Aktion ein Frauenkloster gestürmt. Unfassbar. In einem unscharfen Video war ein dunkles Gewimmel aus schwer ausgerüsteten Polizisten und ebenso schwarz gekleideten Nonnen zu sehen. Das Sturmkommando verprügelte Klosterschwestern und entführte »den Altvater«. Das Bild »*Gewehrlauf, auf ein erschrockenes Kindergesicht gerichtet*«, gibt mein Gedächtnis seitdem obsessiv immer wieder. Nun war ich hier, in der fremden Welt der östlichen Orthodoxie.

DIE ANKUNFT DES BÖSEN

Die russische Volksfrömmigkeit hat zur Staatsgewalt seit vielen Jahrhunderten ein zwiespältiges Verhältnis. Während sich die offizielle Kirche seit Jahrhunderten den jeweiligen Regenten anbietet, gibt es immer wieder große Bewegungen des orthodoxen Widerstandes. Als 1666 durch die Regierung eine Änderung der Gottesdienstordnung herbeigeführt worden war, sahen viele Konservative dies als Ankunft des Bösen. Ebenso die Einführung von staatlichen Verwaltungstechniken. Sie wurden als Abtrünnige verfolgt, gefoltert und getötet. Dem Kompromiss mit dem Satan zogen die Entschlossensten »*die Feuertaufe*« oder »*den roten Tod*« vor. Andere flohen in die Einöde und ließen sämtliche Papiere des aus ihrer Sicht unrechtmäßigen Staates zurück, weil »das Teufelssiegel« darauf zu erkennen war.



Dieses friedliche Kloster im Uralgebirge wurde von der Arm

Nach dem Umbruch von 1917 und der Tötung des Zaren gingen Teile der Kirche erneut in den Untergrund, ebenfalls in Ablehnung einer neuer Verwaltungs- und Herrschaftstechnik: Die Einführung des für alle verbindlichen Reisepasses. »*Frühe Christen*«, bekundete in jener Zeit der Erzbischof Hermogenes, der ein Jahr später als bekennender Nationalist und Antisemit von bolschewistischen Revolutionären verhaftet und nach einem ergebnislosen Vermittlungsversuch in einem Fluss ertränkt wurde, »*befolgten alle gesetzmäßige Vorschriften der Welt. Alle außer Götzendienst. Die wahren Gläubigen kommender Tage legen aber buchstäblich das ganze Staatsrecht ab. Die Überwachung entsteht dank der jederzeit überprüfbaren Nummern, die der Staat den Menschen zuordnet, sodass er alles über jeden weiß. Jegliche Staatsgewalt gehört missbilligt, da sie unter dem Vorwand nomineller Gewissensfreiheit sich selbst zum Abgott macht.*«

Widerstand aus dem Glauben ist auch unter anderen von der ostchristlichen Orthodoxie geprägten Völkern bekannt. Dieser kommt dabei nicht aus den oberen Etagen der Hierarchie, sondern aus der alten Tradition »der Altväter«. Dieser Titel bezeichnet weder Amt noch Rang, sondern eher einen mystischen Mentor, Wegweiser, Beschützer. Politisch korrekt waren Altväter nie. Seit Jahrzehnten warnen sie vor der digitalen und biopolitischen Tyrannei der globalen Eliten. Die Hochburg des weltweiten Altvätertums ist der Berg Athos in Griechenland mit seiner autonomen Mönchsrepublik. Mit klaren Worten wendete sich der dortige Erzabt an Weihnachten gegen die Corona-Auflagen der griechischen Regierung, die Impfkampagne im Allgemeinen und die Einführung eines Impfpasses im Besonderen. In Serbien prägte der exzentrische Mönch Antonie Davidovič die Anti-Corona-Proteste und sieht sich seitdem krassen Polizeischikanen ausgesetzt.

MORD UND WUNDER

Ich passiere die zweite Wache unmittelbar vor der Klosterwarte. Die goldenen Kuppeln verschwimmen in der Sonne und die weißen Kirchenbauten ragen herwvor, wie aus dem Schnee gewachsen. Alles ist Neubau; entworfen in neo-traditionalistischer Manier, derart schlicht, dass der Geist keinen Augenblick in Äußerlichkeiten verfangen bleibt. Die Figuren der vorbeigehenden Schwestern scheinen zu flirren, wie Schatten von Schmetterlingen, schwarz auf weiß. Keine einzige schaut mich an. Eine 40 Tonnen schwere Glocke schlägt irgendwo oben, neben der Sonne und ermahnt mich, den Gast, dass es mir nicht gebührt, Engel anzustarren.

Moskau? Moskau!

Geschäfte, Fitnessclubs, Museen und Bordelle sind geöffnet. | Von Ilia Ryvkin

In einer klassischen Satire beschrieb der russische Autor Saltykow-Schtschedrin einen wahnsinnigen Bürgermeister, der durch die Stadt immer in einer geraden Linie lief. Seine Untertanen erkannten rasch diese irre Angewohnheit und handelten klug, indem sie dem Bösewicht auswichen. Dieses Ausweichen ist etwas Typisches für die Russen. Seit dem tatarischen Joch und der Goldenen Horde erwarten sie von der Obrigkeit nichts Gutes. Die stille Sabotage sinnloser Anordnungen gehört daher zum Alltag.

In Russland angekommen sollte ich sofort einen PCR-Test machen, für den ich mich online registrieren musste. Ich sollte meine Telefonnummer per SMS verifizieren, damit das Gesundheitsamt mich, falls der PCR-Test positiv sein sollte, orten könne. Doch mit meiner deutschen Nummer funktionierte das nicht. Der Mitarbeiter des Testzentrums nahm diese Vorgabe jedoch locker und bot mir an, die SMS über seine eigene Rufnummer zu empfangen.

In der Métro bot sich mir ein ungewöhnliches Bild: Es gab Durchsagen, dass man eine Maske tragen solle. Jedoch wenige hielten sich daran. Und dennoch taten die vielen Wachleute nichts, ereiferten sich nicht und teilten keine Strafzettel aus.

Mein erster Eindruck der Stadt war: Sie boomte und die Geschäfte florierten. Jedoch schlug um 23 Uhr die Sperrstunde, zu der viele Wirte einfach die Türen verschlossen und die Feiern weitergingen.

Im Frühjahr 2020, als der Virus noch relativ unerforscht war, versuchte sich der Moskauer Bürgermeister in Techno-Diktatur. Um den öffentlichen Verkehr nutzen zu können und sogar, um Auto zu fahren, sollte man die Strecke, die Abfahrtszeit und den Reisezweck online eingeben. Dann bekam man eine Fahrtgenehmigung in Form eines sogenannten QR-Codes. In der Métro gab es zahlreiche *Checkpoints*. Dort täuschten die Polizisten eine Kontrolle nur vor. Denn es reichte meist aus, irgendeinen QR-Code vorzuzeigen. Das QR-System ist durchgefallen und beendet. Nun sind die Geschäfte geöffnet, auch Fitnessclubs, Museen und Bordelle.

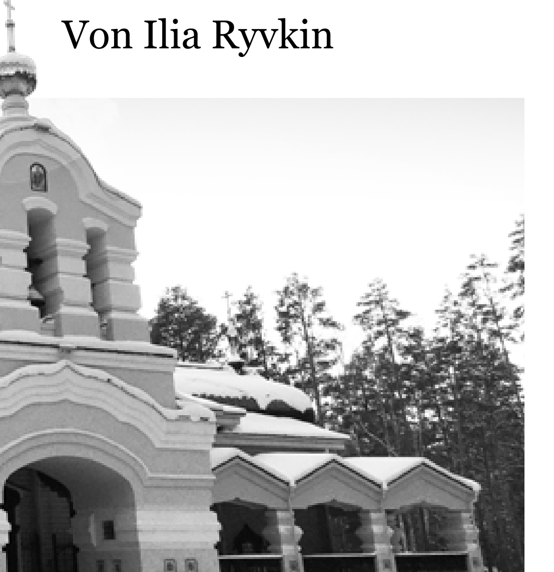
Im November und Dezember 2020 sowie im Januar 2021 wurden im gesamten Land insgesamt 2.195.299 »Neuinfektionen« und 44.462 »Corona-Todesfälle« gemeldet. Für das Land mit 144 Millionen Einwohnern bedeutet das: 15.192 »Neuinfektionen« und 308 »Todesfälle« pro Million Einwohner. Zur selben Zeit wurden in Großbritannien von einer Million 41.428 positiv getestet, wovon 883 starben. In den USA 52.403 mit 652 Todesfällen, in Deutschland 20.150 und 565 Tote. Russland hat also mit seiner vergleichsweisen besonnen Vorgehensweise gut abgeschnitten. Vielleicht auch, weil es in Russland unüblich ist, die Eltern in jene

Widerstand



Ilia Ryvkin, Jahrgang 1974 in Russland geboren und aufgewachsen, lebt und arbeitet in Berlin als Autor und Performancekünstler. Für den DW hat er in diesem Jahr Reportagereisen nach Weißrussland und Russland unternommen.

Von Ilia Ryvkin



ee gestürmt. Der Grund: offene Türen. Foto: Ilia Ryvkin

Dieses Kloster ist das des Altvaters Sergius Romanow, der nun in Moskau im Gefängnis sitzt. Er ist mit Abstand der umstrittenste Geistliche Russlands. Böse Zungen behaupten, in seiner ungestümen Jugend sei er ein Räuber gewesen. Eine Geschichte von ihm ist berühmt: Eines Nachts lasen der zukünftige Mönch und seine zwei Begleiter einen Mann auf der Straße auf. Die drei waren stark betrunken, dennoch wollten sie den Mann mit dem Auto nach Hause fahren. Auf der Strecke erlitten sie einen schweren Autounfall. Und hier scheiden sich die Erzählungen. Der Altvater berichtet von einer drei Tage und Nächte anhaltenden Abwesenheit, in der sein Geist seinen Körper zurückließ. Er beschaute sein eigenes Leben als eine ewige Gegenwart, bis er in den Dienst der Himmelskönigin berufen wurde und zu diesem Zweck mit wunderlichen Gaben ausgestattet worden war. Eine andere Geschichte steht in den Unterlagen des Strafverfahrens: Als nach dem Unfall der aufgelesene Fahrgast auszusteigen versuchte, schlugen die drei Täter ihn mit einem Stein und legten den Körper in den Kofferraum. Als das Opfer das Bewusstsein wiedererlangte, schlugen die Angreifer abwechselnd mehr als zehn Mal mit einem schweren Werkzeug auf seinen Kopf, banden eine Steinplatte an die Leiche und warfen diese in den Fluss.

Ich persönlich bringe dem Urteil eines sowjetischen Gerichts kein größeres Vertrauen entgegen, als den Berichten von einer spirituellen Reise unter Alkoholeinfluss. Aber auch wenn die Anschuldigungen stimmen sollten: Im Christentum tauchen immer wieder Figuren der Läuterung auf, so wie Petrus, Paulus oder gar Moses der Schwarze. Während der 13 Jahre, die er in Haft verbrachte, verwandelte sich Nikolai Romanow zum Altvater Sergius. Nach seiner Entlassung wurde er Mönch und machte sich stark für den Bau eines Männerklosters. Diesem Bau folgte die Frauenabtei, vor deren hohen Mauern ich jetzt stand. Diese ist zur Selbstversorgung Hunderter Bewohnerinnen angelegt. Neben diesen zwei bekannten Bauwerken hört man von mehreren Einsiedeleien in abgelegenen Wäldern.

Seit Ende Dezember 2020 ist Sergius wieder in Haft. Die Anklage nach Paragraph 110 des Strafgesetzbuchs der Russischen Föderation lautet »Verleitung zum Selbstmord«. Inmitten einer Predigt hatte er die Anwesenden aufgefordert, sich dazu bereit zu bekennen, für Russland zu sterben. »Ich bin es«, erwiderte eine Klosterschwester nach der anderen. »Wir scheiden zusammen hin«, erteilte ihnen der Angeklagte daraufhin den Segen.

ANWALT SIEHT POLITISCHE VERFOLGUNG

»Von wegen Verleitung zum Selbstmord«, der Anwalt Iwan Mironow betrachtet den Fall als politisch. »Die Bereitschaft für die Heimat zu sterben, ist der natürlichste Zug jedes Patrioten.« Mironow empfang mich vor meiner Abreise zum Kloster in seiner Kanzlei, die nur ein paar Kilometer vom Kreml entfernt liegt. Es ist eine teure Gegend. Er selber war auch schon angeklagt worden, den Totschlag eines Politikers vorzubereiten, dem wir den Ausverkauf sowjetischen Erbes zu verdanken haben. Er wurde freigesprochen und gilt heute in Moskau als Nationalistenanwalt. Der hinter Gittern zu Tode gefolterte Anti-Pädophilie-Aktivist Maxim Marzinkewitsch zählte zu seinen Mandanten. Die Bücherregale in seinem Büro sind voll, darunter auch eigene Werke. Seine Bücher schreibe er mit einem goldenen Montblanc-Füller. Er präsentierte mir im Gestus eines Kollegen sein letztes Werk und ich schlug eine beliebige Seite auf: »*Revolution ist ein leidenschaftliches Verlangen nach dem Umbruch, die Unmöglichkeit zu dulden, zu kriechen, ein Aufstand des Willens, ein feierlicher Krawall! Revolution stirbt nicht, solange ihr Herz schlägt! Das Herz der Revolution schneidet keine Grimassen auf Bühnen, wischt keine Gerichtshöfe, betreibt keine Selbstbefriedigung in sozialen Netzen! Das Herz der Revolution bebt in Gefängnissen. Aus dem Leid, aus der hasserfüllten Selbstaufopferung tritt ein Leben-als-Kampf aus!*«

Ein durchaus treffendes Buch, meine ich. »Vater Sergius erhob die Stimme gegen jene Kirchen- und Staatsoberen, die der Weltfinanzmafia zu Diensten stehen, nicht den Russen. Deshalb wurde er verhaftet«, sagt Iwan Mironow. »Er ist für sie gefährlich, weil er sehr beliebt ist und einen starken Charakter hat. Außerdem umgeben ihn Erzählungen von bewirkten Wundertaten. Als die Corona-Hysterie ausbrach, ermahnte Vater Sergius die Menschen, Gott zu fürchten, nicht die Seuche. Die geschlossenen Kirchentüren seien Sünde, gar Verbrechen. Weder Online-Gottesdienste noch Masken in der Kirche würden sich der Orthodoxie ziemen.« Der Anwalt beschreibt, wie nach dieser öffentlichen Stellungnahme eine Vielzahl an Behörden im Kloster aufgekreuzt seien, vom Finanzamt bis zum Jugendamt. »Weil sie nichts bemängeln konnten«, so der Anwalt, »begann der Unsinn mit der »Verleitung zum Selbstmord«. Aber er würde im Gefängnis an Anhängerschaft gewinnen, ist der Anwalt überzeugt. »Alle Art von Prominenz fühlt sich betroffen, sowohl aus den rechten Kreisen, als auch manche Linke.« »Ich kam ja, selbst extra aus Berlin hergeflogen. Seit dem Ende der Sowjetunion ist kein Kloster mehr in Russland gestürmt worden«, entgegne ich ihm. »In Russland nicht, in der Ukraine schon«, beendet der Anwalt das Gespräch.

SCHLIMMER ALS DER TOD

Zurück im Kloster: Als ich mich vor einer wundertätigen Ikone verbeuge, meldet sich ein junger Mann, um mir einen »*ganz besonderen Ort*« zu zeigen: Der Klosterfriedhof. »Spüren Sie hier was?«, fragt er mich. »Schauen Sie dieses Grabkreuz an. Die Nonne war nicht mal zwanzig, als sie sich eine Krankheit erbat, um unser Land *zu erlösen*. Kurz darauf verstarb sie an Krebs.« Er zeigt auf weitere Gräber: »Die da war zweiundzwanzig. Und diese da ...«

Ich sitze in der Wartehalle des Flughafens und warte auf meinen Rückflug nach Moskau. Ich trage wieder den Maulkorb im Gesicht und bekomme im Gegenzug gratis W-LAN. Ich denke über die fremde Welt der Orthodoxie nach. Einige der Gläubigen, so wurde mir im Kloster erzählt, hätten es geschafft, gänzlich den Zeitgeist zu bannen und das Leben, ja die ganze Weltgeschichte, als eine zeitlose Gegenwart zu beschauen, deren Geist tief in der Ewigkeit seine Wurzeln schlug. »Die Welt vergeht, sie bestehen ewiglich«, so hatte mir das mein Friedhofsführer beim Abschied gesagt. Da reißt mich eine Nachricht auf dem *Smartphone* aus den Gedanken: Eine Frau namens Zhanna Tetenewa, eine Lehrerin die seit 20 Jahren Ukrainisch an einer Schule in den Ostkarpaten unterrichtet, weigerte sich, die Maske aufzusetzen. Auch während des Unterrichts. Die angedrohte Strafe überstieg fünf ihrer Monatsgehälter. Zu ihrem Motiv äußerte sich Tetenewa wie folgt: »Gott schuf uns nach seinem Abbild. Mit offenem Gesicht erkennen wir sein Ebenbild im Gegenüber. Ich setze keine Maske auf. Für mich ist sie schlimmer als der Tod.« Nach den ernüchternden Erfahrungen mit den Linken überlege ich mir, ob die Orthodoxie vielleicht doch etwas für mich wäre.

Pflegeeinrichtungen zu bringen, die im Westen so starken Anteil am Krankheitsgeschehen hatten. Im Vergleich zu Berlin erscheint mir Moskau als Tertia Roma – das dritte Rom. Eine Stadt, wo das Recht noch etwas gilt. Und die Leute, wie gesagt, ein sportliches Verhältnis dazu haben.



Gläubige verteidigen ihr Kloster, den Glauben und das Menschenrecht der Französischen Revolution. Foto: Ilia Ryvkin



Unterwegs auf alten Schmugglerpfaden in der Grenzregion zwischen Bayern und Tirol. Foto: DW/Antonulas

Grenzenlose Farce

Ein Lokalaugenschein an der mehr oder weniger geschlossenen Grenze zwischen Bayern und Tirol. | Von Sophia-Maria Antonulas

Das bayerische Priental ist eng und dunkel. Es beginnt sich erst bei Sachrang, dem letzten Dorf vor der Grenze, etwas zu öffnen und weitet sich in Österreich zu saftigen Wiesen. Auf der Tiroler Seite glitzern die Alpengipfel in der Sonne, wie auf den Hochglanzfotos der Reisekataloge. Doch die Einreise von Deutschland aus ist für touristische Zwecke absolut verboten. Hotels und Gaststätten sind geschlossen, Ferienorte ausgestorben – hüben wie drüben.

Die nächste Tankstelle zu Sachrang mit seinen 210 Einwohnern befindet sich 500 Meter außerhalb des Ortes, allerdings auf der anderen Seite der Staatsgrenze. Von der Stelle aus, an der die deutschen Polizeibeamten ihren Posten, der aus einem Transporter und einem Dixie-Klo besteht, bezogen haben, kann man fast hinüberspucken. Als die Nebenstraße durch das Priental am 14. Februar dieses Jahres zuerst von Bayern aus geschlossen wurde, ließ der Tankstellenbetreiber die deutschen Grenzpolizisten nicht auf seine Toilette: »Ihr nehmt mir ja die Kunden weg. Warum soll ich euch einen Gefallen tun?« Doch die Menschen hier haben über Jahrhunderte gelernt, trotz aller Widrigkeiten miteinander auszukommen. Außerdem hat inzwischen auch Tirol die Einreise fast unmöglich gemacht. So dürfen die deutschen Grenzer sich jetzt doch im Warmen erleichtern. Die Tiroler Bauern können dafür direkt im Niemandsland ihre Produkte an die Betreiberin des Sachranger Dorfladens übergeben. Eine Hand wäscht die andere. Das war schon immer so. Man arrangiert sich.



Zu Fuß über die Grenze mit Kind und Kegel. Foto: Stefan Kaindl

An diesem frostigen Abend Ende Februar geht eine Frau mit einem Rollkoffer und ihren zwei kleinen Töchtern – die eine links, die andere rechts an der Hand – zu Fuß langsam auf die Polizeibeamten zu. Sie wurde mit dem Auto bis knapp an die Grenze gebracht. Der Fahrer hat allerdings keine Aus- beziehungsweise Einreisegenehmigung. Er wartet besorgt in seinem Fahrzeug, bis die drei sicher durch die neuen Kontrollen durch sind. Zuerst das deutsche Prozedere. Einige zögerliche Schritte weiter steht die Frau mit ihren Kindern vor dem provisorischen Scherengitter, das sie von Tirol trennt. Die österreichischen Grenzbeamten stellen Fragen, überprüfen die Papiere und öffnen dann doch kurz die Absperrung. Eine ältere Frau, die an der Tankstelle geduldig wartete, nimmt die drei herzlich in die Arme. Sie steigen ins Auto und entfernen sich schnell.

»GRENZENLOS WANDERN«

Mehrere Erholungssuchende tummeln sich auf den Wanderwegen, die die grüne Grenze zwischen Bayern und Tirol immer wieder kreuzen und auch jetzt frei begehbar sind. Mit wogenden Locken kommt eine Frau im Sommerkleidchen beschwingt den Berghang hinunter. An diesem für diese Jahreszeit ungewöhnlich warmen Tag ruft sie: »Reißt euch die Lappen runter! Da oben auf der Alm könnt ihr nackt die Sonne genießen.« Bei einem alten Grenzstein im Wald antwortet ein junger Mann auf die Frage, ob wir jetzt schon Österreich sind, lachend, »etwas Illegales muss auch mal sein«.

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg gab es auf den alten Schmugglerpfaden zwischen Bayern und Tirol regen Verkehr. Waren wurden über Stock und Stein an den Zollwachen vorbei ins jeweils andere Land gebracht. Heute machen die lokalen Tourismusverbände mit dem Motto »Grenzenlos wandern« für dieselben Wege Werbung. Seit 1998 gibt es *de facto* keine Grenze mehr, und selbst davor ist man einfach durchgefahren. Viele österreichische Bauern haben Wiesen und Felder auf der deutschen Seite gepachtet, um sie zu bewirtschaften. Deutsche und österreichische Kühe stehen gemeinsam in den Ställen. Zahlreiche Tagesausflügler aus München und Umgebung verbringen ihre Freizeit üblicherweise in Tirol. Derzeit stehen die zahlreichen gebührenpflichtigen Parkplätze zwischen Straße und Waldrand allerdings leer. Ganz anders auf der bayerischen Seite. Da reicht der Platz für all die Wanderer, die mit dem PKW anreisen, bei weitem nicht aus.

So wie viele schüttelt auch eine Tiroler Bäuerin auf die geschlossenen Grenzen hin angesprochen nur den Kopf: »Der Opa hat's g'habt, die Oma, die Tante, alle sind wieder gesund. Das mit den Grenzen ist doch politisch. Wir Tiroler Bauern waren schon immer frei, das ist vielen ein Dorn im Auge. Aber vielleicht hat das auch was mit dem Brennerbasistunnel zu tun. Da wehren sich noch einige auf der bayerischen Seite.« Mit dem Tunnel soll der Gütertransport von der Straße auf die Schiene verlagert werden. Denn 40 Prozent des gesamten LKW-Verkehrs über die Alpen rollt durch Tirol. Deutschland hat die Grundsatzvereinbarung für das Vorhaben 2009 zwar unterschrieben, mehrere Verkehrsminister äußerten sich seitdem aber skeptisch darüber, dass die Bahn eine Lösung sei.

Die Landwirtin erzählt, dass die Leute zusammenhalten, denn »die Jungen feiern halt privat. Aber hier verpfeift niemand den andern«. Und den Grenzbeamten sage sie einfach, »siehst nicht, dass ich beim Friseur war«. Denn in Österreich sind die Friseurläden schon seit Mitte Februar geöffnet, bedient wird aber nur, wer einen negativen PCR-Test vorweisen kann. Doch nicht alle Grenzpolizisten lassen sich von gestylten Haaren beeindrucken: »Es kommt darauf an, wer gerade Dienst hat.«

Erika und Johannes Kirnberger wohnen seit 15 Jahren in einem schmucken Reihenhaus in Sachrang. »Wir sind von unserem Freizeitgebiet abgeschnitten.



Eine rostige Baggerschaufel als Grenzbarrikade mit einer Grußnote des Bürgermeisters. Foto: DW/Antonulas

Nach der Arbeit drehen wir sonst unsere übliche Runde mit den Rennrädern«, erzählt Erika Kirnberger, »und meine beste Freundin kann ich auch nicht sehen. Die wohnt nämlich auf der anderen Seite. Sollen wir jetzt zum Sport einen Aus- und Einreiseantrag stellen?«

ALLE 48 STUNDEN EINEN PCR-TEST

Nervös überprüft Petra Müller (Name von der Redaktion anonymisiert), ob sie wirklich alle Papiere beisammen hat. Denn wer zum Arbeiten über die Grenze muss oder einfach nur Waren transportiert, braucht nicht nur einen aktuellen PCR-Test, sondern gleich mehrere schriftliche Bestätigungen. Die Physiotherapeutin wohnt in Rosenheim und pendelt fünfmal die Woche durch das Inntal zu ihrem Arbeitsplatz an einer Klinik in Tirol. Jeden Morgen muss sie sich zuerst online für die Einreise nach Österreich registrieren und die Bestätigung ausdrucken. Alle 48 Stunden muss sie einen PCR-Test über die Nase machen lassen und das aktuelle Ergebnis ebenfalls in schriftlicher Form dabeihaben. Dann noch der Zettel, auf dem groß und in Rot »Pendler« steht, der muss hinter die Windschutzscheibe. Für den abendlichen Heimweg muss die Grenzgängerin sich wieder online registrieren und alles ausdrucken, diesmal für die Einreise nach Deutschland. »Das macht etwas mit dir. Mir ist zum Heulen«, seufzt Müller und ihr kommen tatsächlich die Tränen. »An der Grenze stehen meist junge Polizisten, manchmal auch mit der Maschinenpistole im Anschlag.« Seit einigen Tagen *scannen* sowohl die Österreicher als auch die Deutschen ihren Ausweis. Als sie fragte, was das soll, bekam sie die Auskunft, dass bei der Interpol überprüft werde, ob Straftaten vorliegen. »Also wegen Corona kann das nicht sein«, schwenkt Müllers Verzweiflung in Wut um. Die tägliche Email vom Gesundheitsamt Rosenheim, die besagt, dass sie in Quarantäne soll, ignoriert sie nur mehr.

WEHRHAFTE UNTERNEHMER

Seit Ende Oktober finden in Rosenheim jeden Mittwoch Mahnwachen statt. Auch Unternehmer und CSU-Mitglieder halten Reden. Am Rande der Veranstaltung besprechen sie einen gemeinsamen offenen Brief, den sie am darauffolgenden Samstag übergeben wollen. Und sollten die lokalen Medien nicht darüber berichten, wollen sie ganzseitige Anzeigen schalten. Denn der jüngste Suizid einer 21-jährigen Geschäftstreibenden soll nicht umsonst gewesen sein. Wehrhaft zeigt sich auch Wolfgang Schulze-Boysen. Der Deutsche betreibt seit 2015 das Hecherhaus auf 1.900 Metern Höhe in Schwaz in Tirol. Er hat gemeinsam mit acht Mitstreitern eine Verfassungsklage eingebracht. Er sei zwar »pleite«, habe aber kein Verständnis für die jüngste Verordnung, laut der Hütten ohne Straßenanbindung weder Speisen noch Getränke zum Mitnehmen anbieten dürfen. »Ich will auch nicht aufsperren und Leute testen. Die sind doch alle gesund. Da spiel ich nicht mit«, empört sich der Hüttenwirt. Denn für eine echte Pandemie brauche es doch keine PR-Agentur und keine Propaganda-Maschinerie.



Foto: DW/Antonulas

Wanderweg-Werbung aus vergangenen Zeiten.

KÜSSEN IN KÖSSEN

Auf einem Feldweg auf dem Berghang kommen sich ein Mann und eine Frau, beide etwa um die 50 Jahre alt, entgegen und begrüßen sich mit einem innigen Kuss. Sie kam von der deutschen, er von der österreichischen Seite. Leichtfüßig passieren sie die rostige Baggerschaufel, die Fahrzeugen den Weg über den Berghang unmöglich machen soll. Auch sie halten die Grenzschließungen für politisch. Hand in Hand gehen sie weiter Richtung Kössen in Tirol dem Sonnenuntergang über den Alpen entgegen.



Verwitterte Grenzmarkierungen auf einem Feldweg bei Kössen. Foto: DW/Antonulas

»Öffnet endlich wieder die Sportplätze für Kinder!«

Thomas Berthold, Sportchef dieser Zeitung, im Interview über Bewegungsmangel, Impfwahn und ein starkes Immunsystem.

Thomas Berthold (Jahrgang 1964) spielte 1990 die deutsche Nationalmannschaft zum Weltmeistertitel. Er ist technisch versierter Verteidiger des Grundgesetzes und Sportchef dieser Zeitung.

DW: Herr Berthold, bevor wir uns der sportlichen Lage der Nation widmen, eine Frage vorab: Wie geht es Ihnen?
Thomas Berthold: Mir geht es gesundheitlich hervorragend, allerdings drücken die vier Monate *Lockdown* – ohne Perspektive in Sicht – ganz schön auf die Seele. Das geht momentan wahrscheinlich sehr, sehr vielen Menschen so. Ich kann deshalb nur jedem empfehlen: Treibt viel Sport an der frischen Luft! Das ist gesund für Körper und Seele. Morgen sind meine Frau und ich zum Beispiel auf einer Ski-Tour in den Bergen. Nach so einem Tag körperlicher Anstrengung geht es einem auch psychisch besser. Wer sich beim Sport richtig verausgabt, erfährt auf vielen Ebenen eine neue Kraftzufuhr.

Sie geben gerade das Stichwort »Sport an der frischen Luft«. In Hamburg ist seit kurzem sogar Joggen im Park nur mit Maske erlaubt, die Sportplätze haben nach wie vor geschlossen und der Profi-Fußball kickt still vor leeren Rängen. Was sagen Sie dazu?
Beim Joggen im Park eine Maskenpflicht zu verordnen, ist absoluter Wahnsinn. Es gibt unzählige Studien, die sowohl die Unwirksamkeit der Masken als auch die nicht vorhandene Infektionsgefahr an der frischen Luft dokumentieren. Dass die Sportplätze immer noch geschlossen sind, ist genauso unverständlich wie skandalös. Jeder weiß, dass Bewegung gesund ist, dass dadurch das Immunsystem gestärkt wird und dass gerade Kinder in der Entwicklung diese brauchen. Außerdem gehören Kinder zu keiner Risikogruppe. Also, öffnet endlich wieder die Sportplätze! Jede Woche spielen die Profis in leeren Stadien Fußball – was für mich eh unverständlich ist, denn das Publikum ist das Salz in der Suppe beim Spiel – und den Amateuren wird der Sport zeitgleich untersagt. Wie soll man das gerade den Kleinsten erklären?

Was müsste Ihrer Ansicht nach denn passieren?
Wir brauchen ein solidarisches Aufstehen der Verbände. Doch das ist nicht so leicht, wie es klingt. Fußball war und ist immer politisch. Sie haben das mediale Echo auf die sanfte Kritik von Hansi Flick an Karl Lauterbach beobachten können – derartige Diffamierungskampagnen schrecken andere natürlich ab, sich kritisch zu äußern. Immerhin hat Flick damit ein Signal gesetzt, das ist klasse. Der Deutsche Fußball-Bund hat 7,5 Millionen Mitglieder, darunter auch 25.000 Amateurvereine. Die sind meine Hoffnung. Um das fußballerisch auszudrücken: Vielleicht muss der Anstoß von dort kommen, da sich die großen Player nicht aus der Deckung wagen.

Da klingt der ehemalige Profi-Fußballer durch: Sie galten als harter und technisch versierter Verteidiger. Was verteidigen Sie heute?
In erster Linie unsere Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie. Und natürlich als ehemaliger Profi-Sportler unser Wissen, wie wir gesund bleiben und uns vor Krankheiten schützen. Unser Immunsystem ist dazu gemacht, sich gegen Viren zu wehren. Wenn wir uns jeden Tag ausreichend bewegen, uns bewusst ernähren und für seelische Ausgeglichenheit sorgen, dann brauchen wir keine Angst vor Erkrankungen wie dem Corona-Virus zu haben. Wir wissen, dass die Risikogruppen weit über 80 Jahre alt sind und mehrere, starke Vorerkrankungen haben.

Aus diesem Grund die gesamte Bevölkerung mit einer nicht ausgereiften, neuen Impfung behandeln zu wollen, erschließt sich mir nicht. Ich kann jedem nur empfehlen, sich das sehr wohl zu überlegen und sich außerhalb der Mainstream-Medien über mögliche Nebenwirkungen zu erkundigen. Ich werde mich definitiv nicht impfen lassen, so viel steht fest. Die Risiken sind deutlich höher als der Nutzen.

Der Frühling steht vor der Tür, nicht nur eine gute Zeit, um joggen zu gehen. Wo werden wir Sie dieses Frühjahr noch treffen, Herr Berthold?
Es wird der Sommer der Demokratie – das ist zumindest meine Hoffnung. Und von daher werden Sie mich auf Demonstrationen treffen, die sich für unsere freiheitliche Grundordnung und unsere Verfassung einsetzen – als Redner und als Besucher. Am 3. April beginnt die Saison für mich, da spreche ich auf der Querdenken-Demonstration in Stuttgart, ich freue mich schon. Wir müssen alle miteinander aufstehen, es ist immer noch zu still in Deutschland. Der Mittelstand steht vor dem finanziellen Kollaps, akzeptiert das eigene Sterben, vertraut auf eine Regierung, die ohne medizinische Evidenz Maßnahmen verhängt, die die Wirtschaft zerstören, die Risikogruppen aber nicht schützen. Das dürfen wir nicht weiter akzeptieren.

Herr Berthold, Sie klingen kämpferisch und entschlossen, das macht Mut. Haben Sie noch einen letzten Satz an alle, die sich noch nicht aus der Deckung trauen? Was würden Sie als Verteidiger Ihrem Team auf dem Platz zurufen, um das Spiel Richtung Sieg zu drehen?
Leute, spielt endlich alle mit! Zusammen packen wir's!

Die Fragen stellte Nadine Strotmann.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

WO UNRECHT ZU RECHT WIRD, WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT
BERTOLT BRECHT

Art. 146 *Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 39. Ausgabe ab Samstag, 6. März 2021. | Redaktionsschluss war am 4. März, 9:30 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus zu verlangen, der ihnen vollständig zugutekommt. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE72 1101 0100 2235 4091 57**.

Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp, Sophia-Maria Antonulas (stv.), Anselm Lenz (CvD) **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Ressortleitung International:** Aya Velázquez, Dr. Yana Milev **Sportchef:** Thomas Berthold **Ressort Naturwissenschaft:** Markus Fiedler **Layout und Satz:** Chris Stein, Ute Feuerstacke, Anselm Lenz **Illustrationen und Bildredaktion:** Jill Sandjaja, Ute Feuerstacke **Fotoressort:** Steve Schramm **Weitere Redaktionsmitglieder:** Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Dr. Tamara Ganjalyan, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Clark Kent, Doro Neidel, Dirk Pohlmann, Dr. med. Alexander Richter, Erich Kartmann, Johnny Rottweil, Samuel Gfrörer. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.